VIII. Von der „Dritten Periode“ zum „Dritten Reich“

Während im letzten Kapitel die unterschiedlichen Normen und Werte sowie die Fallstricke interkultureller Kommunikation thematisiert wurden, soll es im Folgenden darum gehen, wie die Kommunisten in Moskau und Deutschland auf den weiteren Aufstieg der NSDAP reagierten und welche Konsequenzen sie daraus für ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie zogen. Hierbei wird nicht nur erneut der entscheidende, persönliche Einfluss Stalins deutlich, der einmal mehr jegliche Abmilderung der Konfrontation gegenüber der SPD abblockte, es lassen sich an diesem Problem auch die unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen der kommunistischen Kader in den Führungsetagen in Moskau und Berlin sowie an der KPD-Basis aufzeigen. Diese dissonanten Erwartungen und Befürchtungen mussten zwangsläufig zu Interessenkonflikten führen.

Aus heutiger Sicht stellt sich die Frage, aus welchen Gründen die Gefahr, die von der NS-Bewegung ausging, seitens der Kommunisten bis zum Schluss unterschätzt wurde. Waren die Kominternfunktionäre wirklich davon überzeugt, dass die nationalsozialistische Gefahr lediglich von den Sozialdemokraten im eigenen Interesse aufgebauscht wurde? Wie stellte man sich in Moskau die weitere politische Entwicklung in Deutschland vor?

In Teilen der Forschungsliteratur wird bis heute die These vertreten, Stalin habe seit dem Herbst 1931 nicht nur mit der Machtergreifung der NSDAP gerechnet, sondern sogar gezielt darauf hingearbeitet: In der Überzeugung, dass eine Revolution in Westeuropa bis auf weiteres nicht zu erwarten sei, gleichzeitig aber die Sowjetunion durch eine antibolschewistische Front ausländischer Mächte bedroht werde, habe der sowjetische Diktator nach Strategien gesucht, um den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ abzuschirmen. Eine NS-Regierung in Deutschland sei ihm hierbei als wirksames Mittel erschienen, weil diese sich vermutlich so ausschließlich mit dem französischen „Erbfeind“ beschäftigen würde, dass die Bolschewisten derweil in Ruhe den Sozialismus aufbauen könnten.¹

Diese These bezieht einen Teil ihrer Plausibilität aus der unzulässigen Rückprojektion jener Motive, die zum Hitler-Stalin-Pakt führten, auf Stalins Deutschlandpolitik der Jahre bis 1933, und stützte sich hauptsächlich auf die Memoiren der Lebensgefährtin von Heinz Neumann, Margarete Buber, die über ein Gespräch zwischen Neumann und Stalin berichtet, in dem der Diktator diese Strategie angeblich unverblümt offenbart habe.² Die nun zugänglichen Dokumente ergeben jedoch ein anderes Bild.

¹ Vgl. Tucker, *Stalin in Power*, S. 223–237, v.a. 229–232; Pipes, *Kommunismus*, S. 110f., 138f.; Payne, *Soviet Anti-Fascism*, S. 12–18.

² Vgl. Buber-Neumann, *Von Potsdam nach Moskau*, S. 270–272. Dieses Gespräch soll nach ihrer Darstellung im Herbst 1931 stattgefunden haben. Bei dem einzigen Treffen Neumanns mit Stalin in diesem Zeitraum am 31. 10. 1931 waren allerdings noch die gesamte

1. „Das Geschrei über Hitler“

Allen anderslautenden Resolutionen zum Trotz waren sich die Moskauer Funktionäre im Herbst 1931 einig, dass die KPD längst nicht so erfolgreich war, wie sie es erhofft hatten: Weder durch den „Roten Volksentscheid“ im August 1931 noch in der Gewerkschaftsarbeit hatten die deutschen Kommunisten ihren Einfluss ausbauen können. Die Partei trat auf der Stelle. Sie war nicht zu der gesellschaftlichen Kraft aufgestiegen, die eigenständig in der Lage gewesen wäre, durch Streiks, Demonstrationen und Wahlerfolge ihre politische Agenda erfolgreich in das Zentrum der politischen Öffentlichkeit zu stellen. Wenn die KPD im kommenden, dem voraussichtlich „schlimmsten Winter des Kapitalismus“, keinen „wirklichen Fortschritt“ erziele, so warnte Manuilskij daher im September in einer internen Sitzung, dann würden die deutschen Arbeiter daran zweifeln, ob die KPD politikfähig sei: „Ich halte die heutige Lage für sehr ernst.“³

Angesichts des ausbleibenden Erfolges der KPD stellte sich den Moskauer Funktionären schließlich auch die Frage, ob die bisherige Haltung gegenüber der Sozialdemokratie überdacht und revidiert werden sollte. Doch die in der stalinisierten Führung des EKKI allgegenwärtige Angst, sich durch Kritik an der „Generallinie“ als „Abweichler“ zu disqualifizieren, würgte jede Diskussion über diese Frage bereits im Ansatz ab: Als Bela Kun in einer internen Sitzung laut überlegte, ob die Beschlüsse des XI. EKKI-Plenums, die die Sozialdemokratie als Hauptgegnerin definierten, vielleicht „ergänzt“ werden müssten, wurde er von Manuilskij reflexartig unterbrochen: Es sei nicht notwendig, die Linie zu ändern. Daraufhin versicherte Kun eilig, er „habe nicht über [eine] Änderung der Linie gesprochen, sondern [darüber,] dass sie vollkommen richtig ist“. Diese Erwiderung kommentierte Pjatnickij trocken: „Das sagt jeder: ich bin einverstanden.“⁴ Auf diese Weise verhinderte das auf Stromlinienförmigkeit getrimmte Denken der Kominternkader jegliche Überlegungen, die sie dazu hätten veranlassen können, neue Problemlösungen zu suchen.

Nach außen hin durfte natürlich nicht bekannt werden, wie ratlos die Komintern war – selbst gegenüber der KPD-Spitze schwieg sich Moskau aus, weil man, wie der deutsche Vertreter beim EKKI Sepp Schwab nach Berlin berichtete, „die Auslösung einer Panikstimmung“ in der KPD befürchtete, wenn dort bekannt würde, wie desorientiert die Komintern sei.⁵ Allerdings zeigte sich hier wohl eher die eigene Unsicherheit der sowjetischen Funktionäre, denn just zu dieser Zeit hielt sich Stalin in seiner Residenz am Schwarzen Meer auf und war für die Führungskader des EKKI kaum erreichbar. Erst als der Diktator Mitte Oktober 1931 in die sowjetische Hauptstadt zurückkehrte, war die Komintern wieder entschei-

Kominternführung sowie Thälmann und Pieck zugegen. Keiner dieser Beteiligten hat in späteren Dokumenten auf diese angebliche Aussage Stalins Bezug genommen.

³ Zitiert nach: Brief Schwabs an Sekretariat des ZK der KPD vom 12. 9. 1931, RGASPI 495/292/54: 258–260, hier: 259.

⁴ Stenogramm der Sitzung des MELS des EKKI vom 7. 9. 1931, RGASPI 495/28/89: 4–13, hier: 12.

⁵ Brief Schwabs an Sekretariat des ZK der KPD vom 23. 9. 1931, RGASPI 495/292/54: 266 f.

dungsfähig: Thälmann und Neumann erhielten einen konkreten Termin für ihren mehrmals verschobenen Besuch in Moskau, um mit Stalin persönlich über die künftige Politik der KPD zu beraten.⁶

In der Zwischenzeit bestand somit ein gewisses Vakuum, in dem die Komintern ohne klare Vorgaben des Generalsekretärs blieb. Bemerkenswerterweise nutzte ausgerechnet Manuilskij diese Situation, um einen Kurswechsel vorzuschlagen: Der Fehlschlag der bisherigen Kominternpolitik war so offensichtlich, dass sogar ein linientreuer Stalinist wie er sich genötigt sah, diese zu revidieren. In einer Sitzung des Politsekretariates erklärte Manuilskij Mitte September kurzerhand die „ganze politische Linie“ des von Knorin geleiteten Mitteleuropäischen Ländersekretariates für falsch: Anstatt die Sozialdemokratie frontal anzugreifen, müssten die Kommunisten ihre Taktik flexibler gestalten. Anders als es die deutschen Kommunisten mit Thälmann bei der Reichspräsidentenwahl 1925 getan hatten, sollten die österreichischen Kommunisten bei der demnächst in Österreich anstehenden Wahl des Bundespräsidenten nicht ihren Parteivorsitzenden Johann Koplenig als Kandidaten aufstellen. Stattdessen, so schlug Manuilskij vor, sollte sich die KPÖ bereit erklären, den sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, falls die SPÖ „eine Reihe von Forderungen“ erfülle.⁷

Es wäre allerdings verfehlt, in diesem Vorschlag den Versuch zu sehen, die „Volksfront“-Politik bereits 1931 einzuführen. Denn Manuilskij beabsichtigte keineswegs, die kommunistische Strategie grundlegend zu ändern. Vielmehr schwebte ihm eine flexiblere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie vor. So sollte verhindert werden, dass potentielle Wähler weiter durch eine kommunistische Radaupolitik verschreckt wurden, wie dies in Deutschland beim „Roten“ Volksentscheid der Fall gewesen war. Darüber hinaus blieb unklar, welche „Forderungen“ nach Ansicht von Manuilskij an die Sozialdemokraten gestellt werden sollten – in den bisherigen Fällen waren diese bewusst so formuliert worden, dass sie unannehmbar waren.

Es wäre allerdings vergebens, sich über diese Frage allzuviel Gedanken zu machen, denn Manuilskij konnte sich mit diesem begrenzten Vorschlag innerhalb der Kominternführung sowieso nicht durchsetzen: Die übrigen Mitglieder fürchteten, dass die Kommunisten mit einem solchen Schritt die Sozialdemokraten fak-

⁶ Anfang Oktober meldete Pieck, das EKKI habe sich noch nicht entscheiden können, eine Einladung ergehen zu lassen. Vgl. Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 7. 10. 1931, RGASPI 485/292/54: 104f. Am 16. 10. 1931 erhielten Thälmann und Neumann schließlich die Einladung, zur Besprechung „einer ganzen Reihe aktueller Fragen“ nach Moskau zu kommen. Vgl. Telegramm Piecks an Neumann/Thälmann vom 16. 10. 1931, RGASPI 495/19/524: 27. Zur Vorbereitung dieses Treffens schickten Knorin, Pjatinickij, Manuilskij und Kuusinen am 28. 10. 1931 einen Bericht an Stalin und Molotov, in dem sie eine Übersicht über die Politik der KPD, die Lage in Deutschland und die Eingriffe der „russischen Delegation“ während der letzten 16 Monate gaben, RGASPI 495/19/236: 120–128.

⁷ Brief Schwabs an Sekretariat des ZK der KPD vom 23. 9. 1931, RGASPI 495/292/54: 266f. Die Zitate stammen aus diesem Brief. Vgl. zu dieser Diskussion auch den Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 7. 10. 1931 [auf dem Brief irrtümlicherweise mit „September“ datiert] RGASPI 485/292/54: 104f., hier: 104.

tisch als Bündnispartner anerkennen und sich somit zumindest ansatzweise der bestehenden Ordnung anpassen würden.⁸

Offensichtlich waren sich die meisten in diesem Kreis bewusst, dass Manuilskij der Rückhalt Stalins für seine Pläne fehlen würde – zu Recht, wie sich herausstellte. Denn während die Funktionäre in Moskau noch diskutierten, verfasste der Diktator in seiner Urlaubsresidenz einen Brief an Kaganovich, in dem er forderte, den Ton der Kominternpresse weiter zu verschärfen. Damit blockierte Stalin von sich aus jeden Gedanken einer Mäßigung der Kominternpolitik.⁹ Obwohl die Kominternspitze einen Monat später in ihrem Bericht über die Lage in Deutschland Stalin ausdrücklich auf die wachsende Gefahr aufmerksam machte, die vom Nationalsozialismus ausging¹⁰, wurde die vorangegangene Debatte über eine partielle „Einheitsfront von oben“ nach seiner Rückkehr nach Moskau dann auch stillschweigend übergangen. Als Stalin die KPD-Führung am 30. und 31. Oktober in seinem Arbeitszimmer im Kreml empfing¹¹, beharrte er stattdessen gegenüber den deutschen Genossen auf einer starren Frontstellung gegen die SPD.

Für die Sozialdemokraten mussten die nun von der KPD ausgesandten politischen Signale widersprüchlich bleiben. Die bei dem Treffen der beiden Deutschen mit Stalin Ende Oktober 1931 vom Diktator durchgesetzte öffentliche Absage der KPD an den „individuellen Terror“ schien darauf hinzudeuten, dass sich die Kommunisten in ihrer Politik mäßigen würden – doch als der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Reichstag, Rudolf Breitscheid, diesen Schritt der KPD lobte und erklärte, damit sei ein Hindernis für ein antifaschistisches Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei gefallen¹², verfasste Neumann für die *Rote Fahne* einen Artikel, in dem er – wie er der Kominternführung später erzählte – einige der „Anregungen“ verwandte, „die wir von Gen. Stalin bekamen, so den Gedanken, dass der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen ist“.¹³ Die KPD habe nicht dem Terror entsagt, hieß es daraufhin in Neu-

⁸ Vgl. Brief Schwabs an Sekretariat des ZK der KPD vom 23. 9. 1931, RGASPI 495/292/54: 266 f. Die Idee erübrigte sich dann allerdings sowieso, weil der christlich soziale Bundespräsident Wilhelm Miklas schließlich nicht direkt gewählt, sondern kurzerhand vom Bundestparlament in seinem Amt bestätigt wurde. Ich danke Barry McLoughlin für diesen Hinweis.

⁹ Brief Stalins an Kaganovich vom 23. 9. 1931, RGASPI 558/11/76: 76ob.

¹⁰ Vgl. Brief Knorins, Manuilskijs, Pjatnickijs und Kuusinens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1932, RGASPI 495/19/236: 120–128.

¹¹ Zunächst besprach sich der Diktator am späten Abend des 30. Oktober mit Thälmann, der von Molotov, Manuilskij und Pjatnickij begleitet wurde (später stießen noch Kriegskommissar Kliment Voroschilov und der Geheimdienstchef Jan Berzin hinzu); am nächsten Abend wurde die Runde um Neumann, Knorin und Pieck ergänzt – beide Treffen dauerten jeweils bis nach Mitternacht an. Vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil I, S. 38. Ob von diesen Gesprächen Aufzeichnungen gemacht wurden, ließ sich bislang nicht in Erfahrung bringen.

¹² Vgl. „Um Herrschaft und Freiheit“, in: Vorwärts vom 17. 11. 1931. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 444 f.

¹³ Neumann über das Gespräch mit Stalin in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 9–26, hier: 10.

manns Artikel, „um Wels und Breitscheid einen Gefallen zu erweisen“, sondern im Gegenteil, um ihrer Partei „den vernichtenden Stoß“ zu versetzen.¹⁴

Diese Situation, dass einerseits die Nationalsozialisten periodenweise in den Fokus der kommunistischen Politik gerieten, die KPD dann aber faktisch in erster Linie doch gegen die SPD kämpfte, war paradox. Doch erklärte sich dieser Widerspruch daraus, dass die Sozialdemokratie vor allem in Moskau, wo die Funktionäre eine vom politischen Alltag abgehobenere und dogmatischere Sicht der Dinge pflegten, weiterhin als strategische Konkurrentin der KPD wahrgenommen wurde. Aus diesem Grunde zogen auch ausgerechnet linkssozialdemokratische Splitterparteien wie die im Oktober 1931 von den SPD-Dissidenten Rosenfeld und Seydewitz gegründete Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)¹⁵ den Hass der Komintern auf sich: Diese Partei wurde in Moskau als hastig konstruiertes Auffangbecken für Arbeiter gewertet, die mit der SPD unzufrieden waren. Das EKKI kritisierte gegenüber Stalin, dass die KPD dieses „Manöver“ nicht klar genug „entlarve“: Die SAP werde selbst in der *Roten Fahne* als eine Partei bezeichnet, die „zwischen den Klassen schwanke“ – anstatt sie eindeutig als ein weiteres Werkzeug der „Bourgeoisie“, als Bestandteil des feindlichen Lagers zu brandmarken.¹⁶

Die Moskauer Funktionäre hatten sich so stark in die Sozialdemokratie verbissen, dass sie auch die Einheitsfrontangebote der SAP nur als perfides Manöver werteten, mit dem diese Partei von ihrer vermeintlich konterrevolutionären Rolle ablenken wolle. Zum Leidwesen der Spitzenfunktionäre in Moskau und Berlin wurde die NSDAP von vielen KPD-Mitgliedern an der Basis jedoch als weitaus gefährlicher eingeschätzt. Angesichts ihrer Erfahrungen im politischen Alltag dürfte dies kaum überraschen: Eine Aufstellung der linksliberalen *Welt am Montag* vom Herbst 1931 über die Opfer der politischen Gewalttaten der vorhergehenden zwei Jahre zeigt, dass sich die Gewalt vorrangig zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten abspielte und nur zu einem deutlich geringeren Teil zwischen Kommunisten und Polizisten sowie Sozialdemokraten.¹⁷ Aus Sicht vieler KPD-Mitglieder war eine „Einheitsfront“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten selbstverständlich, da sie häufig gleichermaßen Opfer von SA-Über-

¹⁴ „Die Einheitsfront, die siegen wird“, in: *Die Rote Fahne* vom 17. 11. 1931.

¹⁵ Zur Abspaltung der SAP von der SPD im Herbst 1931 vgl. zusammenfassend: Winkler, *Weg in die Katastrophe*, S. 399–410. Zur Geschichte dieser Partei vgl. Drechsler, *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*.

¹⁶ Vgl. Brief Knorins, Manuilskijs, Pjatnickijs und Kuusinens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1932, RGASPI 495/19/236: 120–128. Ähnlich Knorin in der Sitzung des PS vom 18. 11. 1931 über „unklare Auffassungen“ der KPD über die SAP, RGASPI 495/3/227: 10–26, hier: 20.

¹⁷ Demnach hatten politische Gewalttaten in Deutschland zwischen 1929 und Ende Juli 1931 insgesamt 155 Personen das Leben gekostet. Darunter fanden sich 108 Kommunisten und 31 Rechtsradikale, aber „nur“ 8 Angehörige republiktreuer Organisationen und zehn Polizisten. Unter den Personen, die in diesem Zeitraum bei politischen Auseinandersetzungen verletzt wurden, fanden sich immerhin 31 Angehörige republiktreuer Organisationen und 35 Polizisten, aber 165 Kommunisten und 194 Rechtsradikale. *Welt am Montag* vom 12. 10. 1931, zitiert nach: Schumann, *Politische Gewalt*, S. 306 f.

griffen wurden.¹⁸ Thälmann selbst berichtete entschuldigend nach Moskau, dass es häufig zu spontanen Einheitsfrontvereinbarungen käme, wenn ein Arbeiter durch Rechtsradikale attackiert worden sei.¹⁹ Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Reaktion des Publikums auf eine Rede Thälmanns im Berliner Sportpalast im April 1932: Als er dort erwähnte, dass soeben die SA wegen ihrer Gewalttaten von den Behörden verboten worden sei, wurde dies von seinen Zuhörern mit Begeisterung begrüßt. Entsetzt berichtete der Kominterninstrukteur Lajos Madyar nach Moskau, dass „unsere eigenen Genossen Beifall klatschten und Hindenburg und Groener [somit] Applaudissemante von den Kommunisten erhielten“.²⁰

In einem Vortrag vor der Politkommission klagte Knorin im Dezember 1931, die kurz zuvor verabschiedeten Resolutionen der Berliner Unterbezirkskonferenzen seien „fast nur gegen die Nazis gerichtet“ – ein Faktum, in dem sich für ihn die „außerordentlich starken Rechtsgefahren“ in der KPD manifestierten, die in einigen Fällen bereits „zur völligen Kapitulation vor dem sozialdemokratischen Einheitsfrontmanöver“ geführt hätten.²¹

Ein offenes Machtwort aus Moskau, auf das die Komintern bislang auf Bitten Thälmanns verzichtet hatte²², schien dem EKKI in dieser Situation unausweichlich. In einem vertraulichen Brief der Politkommission wurde die KPD zur Jahreswende 1931/32 ermahnt, sie dürfe sich nicht durch antifaschistische Stimmung der Arbeiter „irreführen“ lassen – schließlich solle „das Geschrei über Hitler“, das die Sozialdemokratie anstimme, ja bloß davon ablenken, dass diese selbst die faschistische Diktatur unterstütze.²³ Wenige Wochen später wurde Thälmann diese Position noch einmal in einem direkten Gespräch mit Stalin eingebleut²⁴, als der deutsche Parteivorsitzende – wie schon ein Jahr zuvor – nach Moskau gereist war, um die Resolution des nächsten ZK-Plenums der KPD zu besprechen. Gehorsam wettete Thälmann nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion über die Sozialdemokratie als „die gefährlichste Stütze der Bourgeoisie“ und warnte, nichts sei verhängnisvoller „als die opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus“.²⁵

¹⁸ Häufig waren die Kommunisten allerdings selbst die Angreifer und gaben somit ihren nationalsozialistischen Gegnern die Argumente in die Hand, politische Gewalt als legitime Notwehr zu definieren. Vgl. oben Kapitel III und Schumann, Politische Gewalt, S. 314, sowie Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 588. Zur Gewalt der SA und den „Kampf um die Straße“ vgl. ebenda, S. 584–594; Merkl, Formen nationalsozialistischer Gewaltanwendung; sowie nun v. a.: Reichardt, Faschistische Kampfbünde.

¹⁹ Vgl. Brief Thälmanns an Pieck vom 27. 11. 1931, RGASPI 495/292/56: 199–201.

²⁰ Brief Madyars an Pjatnickij vom 26. 4. 1932, RGASPI 495/19/326: 19–21, hier: 19. SA und SS waren am 13. 4. 1932 verboten worden. Vgl. AdR, Kabinette Brüning, Bd. 3, Dok. No. 716 (Ministerbesprechung vom 13. 4. 1932); Bracher, Auflösung, S. 481–489; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 754–766.

²¹ Zitiert nach: Brief Piecks an Thälmann vom 27. 12. 1931, RGASPI 495/292/54: 337.

²² Ebenda.

²³ Vertraulicher Brief der PK an das Politbüro der KPD vom 2. 1. 1932, RGASPI 495/4/159: 13–15.

²⁴ Diese Besprechung mit Stalin fand im Beisein von Molotov, Pjatnickij, Knorin und Manuilskij am 26. 1. 1932 von 18.20 bis 20.25 Uhr statt. Vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil II, S. 132.

²⁵ Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD, S. 23 f., 37.

Die KPD, so hieß es in der *Internationale*, müsse die „Manöver der Klassenfeinde“ durchkreuzen, die dem „Proletariat mit dem Popanz Hitler bangemachen“.²⁶

Angesichts derartiger Aussagen verwundert es nicht, dass schon unter den Zeitgenossen die Verschwörungstheorie kursierte, Stalin wolle die Machtergreifung Hitlers absichtlich herbeiführen, um außenpolitisch davon zu profitieren – eine Vermutung, die vor allem durch das Verhalten der KPD bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 genährt wurde. Die SPD stand vor dem Dilemma, dass ein Sieg Hitlers nur zu verhindern war, wenn Hindenburg in seinem Amt bestätigt wurde. Schweren Herzens entschied sich die SPD daher für die Unterstützung Hindenburgs.²⁷ Vor diesem Hintergrund empfanden die Sozialdemokraten die von vorneherein aussichtslose Kandidatur Thälmanns als umso ärgerlicher, zog er doch wichtige Stimmen von Hindenburg ab und leistete somit faktisch aktive Wahlkampfhilfe für Hitler. In Karikaturen wurde Thälmann daher in der Uniform der Roten Armee dargestellt, wie er vor Hitler salutierte.²⁸ Von dem Hinweis, dass Thälmanns Kandidatur *faktisch* Hitler in die Hände spiele, war es nur noch ein kurzer Weg zu der Vermutung, dass er dies auf Anweisung Moskaus *absichtlich* tue. Tatsächlich veröffentlichten verschiedene sozialdemokratische Zeitungen vor der Reichspräsidentenwahl gefälschte Protokolle der Kominternführung, denen zufolge es Moskau begrüße, wenn Hitler an die Macht käme, weil die kapitalistischen Staaten dann untereinander in Konflikt kämen und daher vorerst von der Sowjetunion abgelenkt würden.²⁹ Ein Teil der KPD-Anhänger, dessen Größenordnung in der Forschung noch immer umstritten ist, gab Hitler beim zweiten Wahlgang am 10. April tatsächlich seine Stimme³⁰, in der Erwartung, ein Machtantritt Hitlers könne die Revolution beschleunigen.³¹ Anders jedoch als insbeson-

²⁶ „Nach dem Februarplenium des ZK der KPD“, in: Die Internationale 15 (1932), S. 126.

²⁷ Über die Diskussionen innerhalb der SPD, ob Hindenburg unterstützt werden solle, vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 511–514.

²⁸ Ebenda, S. 517.

²⁹ In der Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz Nr. 3 vom März 1932 erschien unter der Überschrift „Gemeinsamer Weg mit – Hitler“ ein Bericht über angebliche Geheimverhandlungen des Präsidiums der Komintern, die am 15. 12. 1931 und vom 26. bis 29. 1. 1932 stattgefunden haben sollten. Das Blatt bezog sich dabei auf die vorausgehenden Veröffentlichungen in Das Reichsbanner 9, Nr. 8 vom 20. 2. 1932 („Moskau und das Braune Haus“) und Der Gerade Weg, Nr. 4 vom 24. 1. 1932 („Geheimbericht aus Moskau“). Die Berichte wurden auch von der Leipziger Volkszeitung am 2. 3. 1932 veröffentlicht („Moskau wünscht Hitlers Sieg“). Dass es sich bei diesen Dokumenten um Fälschungen handelte, ließ sich schon daran erkennen, dass Max Hoelz darin eine führende Rolle in der KPD zugesprochen wurde, die der unbequeme Rebell nie hatte. An den angegebenen Tagen fanden überhaupt keine Präsidiumssitzungen statt; die angeblichen Protokolle waren frei erfunden.

³⁰ Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 529.

³¹ Vgl. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, der von einem beträchtlichen Wählerwechsel ausgeht. Dagegen kommt Schumann, Politische Gewalt, S. 290, für die kommunistische Hochburg Halle-Merseburg zu dem Schluss, dass sich dort zumindest rechnerisch kein Stimmenübergang von Thälmann zu Hitler nachweisen lässt. Rohe, Wahlen und Wählertraditionen, S. 155, meint mit Blick auf die gesamten Wählerwanderungen in der Endphase der Weimarer Republik sogar, es spreche vieles „für die durch statistische Schätz-

dere in der älteren Forschung vermutet³², unterschätzten die Spitzen der Komintern und KPD zwar die NSDAP, waren aber dagegen, Hitler absichtlich an die Macht kommen zu lassen. Die Forderung, man solle Hitler doch einmal „abwirtschaften lassen“, wurde von der deutschen Parteiführung immer wieder explizit verurteilt³³, und die Kominternspitze sah in diesen vereinzelt Aufrufen gar einen Beleg für die von ihr konstatierten „ungesunde[n] Erscheinungen“ in der KPD.³⁴

Dass eine solche Taktik von Moskau nicht ins Auge gefasst wurde, lag schon allein daran, dass man in der Kominternführung selbst im Frühjahr 1932 gar nicht mit einem Sieg der NSDAP rechnete. Der Blick der Moskauer Funktionäre war deshalb nicht auf Hitler gerichtet, weil sie sich weiterhin darauf konzentrierten, wie sich die Arbeiterschaft für die KPD mobilisieren ließ. Und da erschien der Komintern die Absage der SPD, zur Reichspräsidentenwahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wie ein Geschenk des Himmels. Denn wenn nun – wie selbst ein Mann wie Carl von Ossietzky feststellte – Thälmann der einzige „Mann der Linken“ war³⁵, so würden ihn auch Nichtkommunisten wählen und der KPD einen noch nie dagewesenen Wahlerfolg bescheren.

Obwohl sich die Kominternführung bewusst war, dass Thälmann letztlich ein „Zählkandidat“ war, der keine Chance hatte, die Wahl zu gewinnen³⁶, brach im EKKI daher ein regelrechtes Wettfieber aus.³⁷ Wie vor einem Fußballspiel wurde in der Kominternführung ein Zettel herumgereicht, auf dem die leitenden Funktionäre ihren Tipp für das Wahlergebnis notierten³⁸ und von bis zu zehn Millionen Stimmen für Thälmann träumten.³⁹ (Zum Vergleich: Bei der Reichstagswahl von 1930 hatte die KPD nur knapp 4,6 Millionen Stimmen erhalten.) Knorin musste sich anhören, er sei ein „Defätist“, weil er auf lediglich 5,5 Millionen Stimmen für Thälmann getippt hatte⁴⁰: Im Krieg der Klassen durfte am Sieg der Kommunisten nicht gezweifelt werden. Der diesmal sehr vorsichtige Bela Kun, der gar nur mit 4 Millionen Stimmen für Thälmann gerechnet hatte, fürchtete, dass man ihm diesen Pessimismus dereinst zum Vorwurf machen könne und weigerte sich

zungen abgestützte Annahme, dass ehemalige Wähler des sozialistischen Lagers, die zur NSDAP überwechselten, stärker von der SPD als von der KPD kamen.

³² Vgl. z. B.: Bracher, *Auflösung*, S. 504.

³³ Vgl. dazu die Warnung der KPD-Führung vor solchen Überlegungen in den „Anweisungen des Sekretariates an die Bezirksleitungen“ vom 6. 4. 1932, in: Weber, *Generallinie*, S. 474.

³⁴ Bericht von Manuilskij, Kuusinen, Gusev, Knorin, Pjatnickij vom 10. 5. 1932 über die bevorstehende Besprechung mit der KPD-Führung, RGASPI 495/19/236: 161–166, hier: 162.

³⁵ Carl von Ossietzky, *Gang eins*, in: *Die Weltbühne* 28/1, 1932, Heft 9 vom 1. 3., S. 311–315, hier: S. 315.

³⁶ Vgl. Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 13–19, hier: 14.

³⁷ Vgl. die Stellungnahme von „Aleksandr Martynov“ [d. i. Pikker] auf der Vorbereitungssitzung für das XII. EKKI-Plenum vom 25. 3. 1932, abgedruckt in: Drabkin (Hg.), *Komintern i ideja mirovoj revolucii*, S. 768.

³⁸ Vgl. Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 13–19, hier: 14.

³⁹ Vgl. Pieck in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 3–12, hier: 3.

⁴⁰ Vgl. Knorin in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 39–45, hier: 39.

deshalb, diese Zahl auf den Tippzettel zu schreiben, damit – wie sich Lozovskij später erinnerte – „kein Dokument darüber bleibt“. ⁴¹

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl am 12. März sorgten dann für Ernüchterung: Hindenburg hatte 18,65 Millionen Stimmen erhalten (49,6 Prozent), Hitler 11,34 Millionen (30,1 Prozent), Thälmann hingegen nur 4,98 Millionen (13,2 Prozent). Im Vergleich zur letzten Reichstagswahl im September 1930 hatten die Kommunisten somit nur etwa 400 000 Stimmen hinzugewonnen, während die Nationalsozialisten ihre Stimmenzahl fast verdoppeln konnten. ⁴² „Hitlers Zuwachs beträgt soviel wie unsere Gesamtstimmenzahl“, fasste Pieck das Ergebnis in einer Sitzung der Politikkommission zusammen und konstatierte, „im Verhältnis zu diesem Vormarsch der Nazis wird natürlich unser Erfolg, den wir erzielt haben, herabgemindert.“ ⁴³

Angesichts dieses katastrophalen Ergebnisses geriet ein Teil der deutschen Parteispitze zunächst „in Panikstimmung“. ⁴⁴ Die meisten Mitglieder der Kominternführung mochten sich hingegen selbst im internen Kreis das Scheitern ihrer Politik nicht eingestehen. Selbst Knorin, der mit seiner Schätzung doch eigentlich recht genau gelegen hatte, stotterte: „Ich denke, dass, natürlich, man nicht davon reden darf, und nicht die Rede sein kann von einer Niederlage. Hier gibt es keine Niederlage. Wir haben keine Erfolge errungen, keinerlei bedeutsame Erfolge haben wir errungen.“ Lozovskij kommentierte dieses Gestammel spöttisch: „Wir haben Erfolge erlitten.“ ⁴⁵

Mit seinem Spott stellte Lozovskij den bemühten Zweckoptimismus Knorins bloß – doch blieb er der einzige, der sich offen wegen des Erfolges der NSDAP sorgte. Seine Befürchtung, Hitler werde nun nach Mussolinis Vorbild möglicherweise durch einen Marsch auf Berlin die Macht an sich reißen, wurde von den anderen Teilnehmern der Sitzung als „Unsinn“ bezeichnet. ⁴⁶ Denn nicht wegen Hitlers Aufstieg sorgte sich die Kominternführung, sondern wegen der Tatsache, dass Hindenburg offensichtlich tatsächlich viele Stimmen von SPD-Anhängern erhalten hatte. Knorin fasste prägnant zusammen, was auch andere Redner vor und nach ihm ausdrückten:

„Die Gefahr liegt nicht darin, dass mal zehn- oder mal hunderttausend Arbeiter für Hitler stimmen – wenn sie heute für Hitler stimmen, dann können sie morgen auch für uns stimmen – daran ist nichts schlimmes, sondern die Gefahr liegt darin, dass wir es nicht geschafft haben, die sozialdemokratische Ideologie zu zerschlagen.“ ⁴⁷

⁴¹ Lozovskij in der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 19. 5. 1932, RGASPI 495/2/160: 99–108, hier: 106.

⁴² Am 14. 9. 1930 hatte die NSDAP 6409 Millionen Stimmen erhalten. Zu den Ergebnissen der Reichstagswahlen 1919–1933 vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52. Jg., 1933, S. 539.

⁴³ Vgl. Pieck in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 3–12, hier: 4 f.

⁴⁴ Vgl. den vermutlich von Werner Hirsch verfassten Bericht „Tatsachen und Feststellungen zu unwarhen Behauptungen in Reden von Remmele und Neumann vom 10. 4. 1932“ o.D. (April/Mai 1932), RGASPI 495/19/527a: 187–197.

⁴⁵ Zwischenruf Lozovskijs in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 45.

⁴⁶ Lozovskij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 28–38, v.a.: 35.

⁴⁷ Knorin in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 39–45, hier: 45.

Und der Kominterninstrukteur Lajos Madyar ergänzte unabhängig davon in einem Brief aus Berlin: „Grob und vereinfacht gesagt, könnte man behaupten, dass Hitlers und Duesterbergs⁴⁸ Wähler einerseits und Thälmanns Wähler andererseits einsehen, dass es ohne Bürgerkrieg nicht geht“ – eine Einsicht, die jenen Arbeitern fehle, die an der weit verbreiteten „Hitler-Psychose“ litten: Diese glaubten, „dass parlamentarische Manöver, Abstimmung für Hindenburg, die ganze sozialdemokratische Schweinerei eine bessere Kampfmethod ist, als die Methode der KPD“.⁴⁹

Pjatnickij wollte deshalb gleich die nächste sich bietende Chance nutzen, um die „sozialdemokratische Ideologie zu zerschlagen“, und so doch noch den Einbruch in die Anhängerschaft der SPD schaffen.⁵⁰ Als Anlass bot sich die Ankündigung des ADGB von Anfang April 1932 an, einen weiteren Lohnabbau nicht mehr weiter kampfflos hinzunehmen. Pjatnickij regte an, diese Streikdrohung des ADGB als „elendes Wahlmanöver“ zugunsten der SPD zu „entlarven“. Die KPD solle öffentlich erklären, nur eine solche Gewerkschafts-Organisation zu unterstützen, die „tatsächlich einen Kampf gegen den Lohnraub führen will“.⁵¹ Anders als bislang angenommen, war der vorgesehene „Aufruf an alle Arbeiter“ also nicht der Beginn einer zaghaften Kurskorrektur, die durch die erschreckenden Wahlerfolge der NSDAP angestoßen wurde⁵², sondern zielte ganz im Gegenteil weiterhin hauptsächlich gegen die SPD. Allerdings wurde der eiligst verfasste Text des Aufrufes⁵³ von der KPD weder wie vorgesehen noch rechtzeitig vor dem zweiten Durchgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April, noch wenigstens vor der preußischen Landtagswahl am 24. April veröffentlicht – es seien doch, so lautete die Antwort aus der KPD-Zentrale an die Adresse der empörten Genossen in Moskau, „schon zuviel andere Aufrufe herausgegeben“ worden.⁵⁴

Thälmann lag es jedoch fern, auf diese Weise seine Unzufriedenheit mit dem Kurs der Komintern auszurücken: So hatte er nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl den *Pravda*-Kommentar abgewartet, der dann auf sein Geheiß beinahe unverändert als Resolution des deutschen Politbüros veröffentlicht wurde.⁵⁵ In einem Brief an Pjatnickij kommentierte er sein enttäuschendes Abschneiden mit den Worten: „Hier haben wir eine neue Ohrfeige [bekommen]

⁴⁸ Theodor Duesterberg war der Kandidat des „Stahlhelmes“.

⁴⁹ Brief Madyars an Pjatnickij vom 25. 3. 1932, RGASPI 495/19/326: 6–12, hier: 6f.

⁵⁰ Vgl. die Ausführungen im Entwurf von Knorin für einen Bericht der Kominternführung an Stalin und Molotov über die Lage in der KPD vom 8. 5. 1932, RGASPI 495/19/526: 1–10, hier: 6f. Die entsprechende Passage ist in der endgültigen Fassung als Detail gestrichen worden.

⁵¹ Brief des deutschen Vertreters bei der Profintern an das Reichskomitee der RGO vom 11. 4. 1932, RGASPI 534/6/56: 44f.

⁵² Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 553f.; Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 135–137; Carr, Twilight of Comintern, S. 56.

⁵³ Protokoll Nr. 234 der PK vom 9. 4. 1932, Pkt. 32 über die „fliegende Abstimmung“ am 6. 4. 1932, RGASPI 495/4/182: 7. Vgl. den Text des Aufrufes vom 5. 4. 1932, RGASPI 495/293/123: 41.

⁵⁴ Vgl. Brief Piecks an Thälmann vom 21. 4. 1932, RGASPI 495/292/60: 103f.

⁵⁵ Vgl. Remmele in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 26–58, hier: 33.

wegen des nicht genügenden prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie.“ Den Kampf gegen die NSDAP erwähnte Thälmann in diesem Brief erst gar nicht.⁵⁶ Offensichtlich nahm er die Gefahr, die von den Nationalsozialisten ausging, damals für eine kurze Zeit tatsächlich nicht mehr so ernst. Denn weil Hindenburg den zweiten Durchgang der Reichspräsidentenwahl für sich entschied und überdies drei Tage später auch noch die SA per Notverordnung verboten wurde, glaubte „eine Reihe von verantwortlichen Genossen“, so Madyars Beobachtung aus Privatgesprächen mit der KPD-Spitze, „dass der Hitler-Faschismus in Deutschland überwunden ist“. In ihren Reden vor der Landtagswahl am 24. April hätten die deutschen Führungskader daher ausschließlich gegen die Sozialdemokratie agitiert, berichtete der Kominterninstrukteur weiter, den „Hitler-Faschismus gab es bereits nicht mehr oder nur so als Nebensache“.⁵⁷

2. Wahrnehmungsmuster

Der Eifer, mit dem Thälmann sich bemühte, Stalins Hass auf die Sozialdemokratie zu reproduzieren und gleichzeitig die NSDAP weitgehend auszublenden, stieß sogar bei Neumann und Remmele auf Kritik. Neumann berichtete in einem Gespräch mit der Kominternspitze am Tage des zweiten Durchganges der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932, er habe in den Sitzungen der KPD-Führung wiederholt gefordert, „dass man auch gegen Hitler kämpfen muss“. Thälmann habe jedoch stets nur vom Kampf gegen „Hitler-Severing-Brüning“ gesprochen, „also gegen alle drei zusammen. Ein spezieller Kampf gegen Hitler wurde überhaupt nicht mehr geführt.“⁵⁸

Zwar sahen auch Neumann und Remmele weiterhin in der Sozialdemokratie ihre Hauptgegnerin⁵⁹, aber sie erkannten immerhin, dass sich die KPD mit ihrer Haltung in der Arbeiterschaft zunehmend isolierte. Das sah schließlich auch die Komintern ein. Instrukteure berichteten über die enorme Kluft, die sich vielerorts im Alltag zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auftrat und gewissermaßen das Gegenstück zu den Einheitsfrontinitiativen vor Ort bildeten: Im Hoesch-Stahlwerk habe sich ein SPD-Funktionär geweigert, in die Leitung eines von der

⁵⁶ Brief Thälmanns an Pjatnickij vom 16. 3. 1932, RGASPI 495/19/527a: 1–7, hier: 3. In dem Rundschreiben des Sekretariates des ZK der KPD vom 6. 4. 1932 wurde zwar festgestellt, der Erfolg der NSDAP erfordere „eine Verschärfung unseres Kampfes gegen die Hitlerpartei“, doch wurde dies gleich mit der Bemerkung eingeschränkt, „ohne dass wir im geringsten den Kampf gegen die SPD abschwächen“. Vgl. Weber, *Generallinie*, S. 473.

⁵⁷ Brief Madyars an Pjatnickij vom 26. 4. 1932, RGASPI 495/19/326: 19–21, hier: 19.

⁵⁸ Neumann in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 9–26, hier: 15.

⁵⁹ Ganz das Gegenteil behauptete Margarete Buber-Neumann in ihren Memoiren. Vgl. dies., *Von Potsdam nach Moskau*, v. a. S. 272–275. Ähnlich jetzt: Ginçberg, *Frakcionnaja bor'ba v KPG*. Tatsächlich aber hatte Neumann selbst noch wenige Wochen zuvor auf dem ZK-Plenum im Februar 1932 gewarnt: „Wir dürfen keinesfalls die Frage des Hitlerfaschismus über den Kampf gegen die SPD stellen“, und Remmele hatte bei dieser Gelegenheit „opportunistische Schwankungen“ in der Frage des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie attackiert. Vgl. Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 214.

KPD initiierten Streikes einzutreten, weil man ihn als einen Sozialfaschisten beschimpft hatte. „Statt nun diesen Arbeiter zu überreden und aufmerksam aufzuklären, sagt man ihm: ‚Dadurch, dass Du Dich weigerst, bestätigst Du eben, dass Du ein Sozialfaschist bist.‘“⁶⁰ Diese Entfremdung war zwar bereits Teil eines längerfristigen Trends⁶¹, doch hatte sie sich nun durch die Agitation der KPD entscheidend verschärft. Nach den Frühjahrswahlen 1932 erzählten die KPD-Funktionäre des Krupp-Werkes in Essen, „es habe bei den sozialdemokratischen Arbeitern noch nie solch eine Aufregung und eine solche Aggressivität gegen uns gegeben wie jetzt“.⁶² Allerdings hatte gerade die Reichspräsidentenwahl offensichtlich bei vielen Kommunisten für ein Umdenken gesorgt. Angesichts des schlechten Abschneidens von Thälmann erkannte Remmele, dass die kommunistische Agitation gegen die Politik des „kleineren Übels“ wohl nicht nur bei den SPD-Anhängern fehlgeschlagen war: Die Reichspräsidentenwahl – so konstatierte er später – habe gezeigt, dass auch viele kommunistische Anhänger „auf ihre Art ‚realpolitisch‘ eingestellt sind und einfach gewählt haben zwischen Republik und Faschismus“ und daher für Hindenburg gestimmt hätten.⁶³

In Moskau setzte sich diese Erkenntnis, dass selbst in der Anhängerschaft der KPD angesichts der zugespitzten Lage immer weniger Verständnis für ein Beharren auf der „Sozialfaschismus“-Parole aufgebracht wurde, jedoch erst endgültig durch, nachdem auch die wichtige Landtagswahl im republikanischen „Bollwerk Preußen“⁶⁴ am 24. April für die KPD weit schlechter ausfiel als erwartet. Als Thälmann knapp drei Wochen später nach Moskau reiste, konnte er feststellen, dass das Preußenwahlergebnis von der Kominternführung „sehr schlecht“ aufgenommen worden war.⁶⁵ Dazu bestand auch aller Grund, denn die NSDAP hatte wieder einen spektakulären Sieg errungen und weit über 9 Millionen Stimmen erobert. Damit war sie von 1,8 Prozent im Jahre 1928 auf nun 36,3 Prozent der abgegebenen Stimmen emporgeschneit. Die KPD hingegen hatte im Vergleich zur letzten Landtagswahl kaum 600 000 Stimmen hinzugewonnen und mit ihren 2,8 Millionen Stimmen sogar schlechter abgeschnitten als bei der Reichstagswahl von 1930 – damals hatte sie auf preußischem Gebiet 3,1 Millionen erhalten – und beim ersten Durchgang der Reichspräsidentenwahl, bei dem ihr auf preußischem Gebiet 3,2 Millionen Wähler ihre Stimme gegeben hatten.⁶⁶

⁶⁰ So zitiert im Bericht Karolskys über eine Reise durch das Ruhrgebiet in der Sitzung des Exekutivbüros der Profintern vom 25. 5. 1932, RGASPI 534/3/761: 158–222, hier: 189–191. Vgl. auch die Berichte kommunistischer Betriebsräte und Instrukteure in der Sitzung des MELS des EKKI vom 14. 6. 1932, RGASPI 495/28/206.

⁶¹ Dass der Kommunismus in Deutschland spätestens Ende der 20er Jahre selbst bei Vorfeldorganisationen wie Arbeitersportvereinen „milieusprengende Tendenzen“ aufwies, betont Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte Nischengesellschaft?, S. 453–461, gegen die These von Mallmann, die meisten Kommunisten seien trotz ihrer Mitgliedschaft in der KPD weiterhin in einem linksproletarischen Milieu verankert geblieben.

⁶² Zitiert im Bericht Karolskys vom 25. 5. 1932, RGASPI 534/3/761: 158–222, hier: 189–191.

⁶³ Brief Remmeles an Pjatnickij vom 11. 8. 1932, RGASPI 495/19/527: 34–46, hier: 40.

⁶⁴ Vgl. Ehni, Bollwerk Preußen?

⁶⁵ Brief Thälmanns an Hirsch vom 14. 5. 1932, RGASPI 526/1/93: 6 f.

⁶⁶ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 73. Bd. (1932), S. 89, und Falter, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 78 f., 101.

Nur wenige Wochen nachdem Thälmann der Komintern zugesagt hatte, noch schärfer gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, versuchten nun die Spitzenkader des EKKI eine verspätete Kehrtwende: In einem Bericht für Stalin vom 10. Mai durchbrachen sie erstmals den bislang üblichen Zweckoptimismus und präsentierten eine ungeschminkte Bestandsaufnahme der kommunistischen Politik in Deutschland. Der Diktator erfuhr, dass die KPD bei den Preußenwahlen selbst in einigen ihrer traditionellen Hochburgen eingebrochen und unter das Niveau der Reichstagswahl von 1928 gesunken sei und dass die SPD zwar an Einfluss verliere, dieser aber nicht der KPD zugute komme, sondern überwiegend der NSDAP. Der Zustand der deutschen Partei, so das Resümee der Kominternführung, gebe „Anlass zu ernster Besorgnis“. Eine „schnelle Wende“ sei daher dringend notwendig.⁶⁷ Anders als im Herbst 1931, als Manuilskij mit seinen Gedanken über eine Änderung der Kominternpolitik noch allein geblieben war, erschien der Mehrheit der Funktionäre die Lage nun so dramatisch, dass sie gegenüber Stalin eine Initiative wagten, die dessen bisheriger Linie deutlich widersprach.

Bemerkenswert war vor allem, dass das Reichstagswahlergebnis von 1928 in dem Bericht an Stalin so deutlich hervorgehoben als positiver Vergleichsmaßstab genannt wurde: Denn erst nach dieser Wahl war die „Sozialfaschismus“-Doktrin nach mehrjähriger Pause wieder verstärkt propagiert worden. Da Stalin, der diese Politik maßgeblich initiiert hatte, nicht dafür kritisiert werden konnte, wurden wie üblich die deutschen Kommunisten als die Sündenböcke präsentiert: Als hätte Moskau die KPD nicht selbst immer wieder vor der „liberalen Gegenüberstellung“ von SPD und NSDAP gewarnt, wurden die Deutschen in dem Bericht an Stalin nun dafür kritisiert, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in einen Topf geworfen zu haben. Nach dem Muster von Stalins Artikel „Schwindelig vor Erfolgen“ wurde den deutschen Kommunisten wieder vorgehalten, die richtige Politik der Komintern vor Ort falsch umgesetzt zu haben: Die sowjetischen Führungskader betonten in dem Bericht an Stalin, die deutschen Genossen hätten eine Reihe von „bedeutenden Fehlern“ gemacht, die die „russische Delegation“ dann „bei laufendem Betrieb korrigieren musste“.⁶⁸

Wenn der Instrukteur Madyar nun nach Moskau berichtete, „unsere deutschen Genossen schämen sich noch immer auszusprechen, dass Hitler ein ganz großes Übel ist“⁶⁹, beschrieb er damit die Folge solcher „Korrekturen“. Die deutschen Kader waren in einem Dilemma gefangen: Entweder verhielten sie sich gegenüber den Anweisungen der Komintern loyal und redeten den Nationalsozialismus klein oder sie zogen selbstständig Konsequenzen aus dem, was sie als politische Realität wahrnehmen konnten. Es galt jedoch geradezu als unschicklich, den vorgegebenen und lange eingeübten Sichtweisen zu widersprechen. Um nicht als „Abweichler“ zu gelten, entschieden sich viele Funktionäre sowohl an der Basis als auch in der Parteiführung, den Anweisungen aus Moskau zu folgen. Viele Funktionäre waren durch diese Furcht vollständig gelähmt, wie ein Instrukteur

⁶⁷ Bericht von Manuilskij, Kuusinen, Gusev, Knorin, Pjatnickij vom 10. 5. 1932, RGASPI 495/19/236: 161–166.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Brief Madyars an Pjatnickij vom 26. 4. 1932, RGASPI 495/19/326: 19–21, hier: 20f.

der Profintern erkannte: Um nicht „in den Geruch einer linken oder rechten Abweichung“ zu kommen, zögen sie es vor, überhaupt keine politische Arbeit mehr zu leisten.⁷⁰

Die KPD-Führung saß in einer Zwickmühle: Versuchte sie auf eigene Initiative die bisherige Strategie zu korrigieren und den neuen Herausforderungen anzupassen, wurde sie vom EKKI abgestraft. Setzte sie hingegen die Vorgaben aus Moskau loyal um, wurde sie für alle Misserfolge haftbar gemacht.

Thälmann akzeptierte dennoch wie gewohnt die Rolle des Sündenbockes und übte auf der Präsidiumssitzung des EKKI am 19. Mai gehorsam Selbstkritik an der fehlerhaften „Gleichsetzung von Faschismus und Sozialfaschismus“ und der vermeintlichen Unterschätzung der NSDAP durch die KPD. Bemüht scherzhaft meinte Thälmann am Ende der Sitzung, eigentlich habe er am Abend ein „russisches Schwitzbad“ nehmen wollen; dies habe er aber jetzt schon genossen.⁷¹

Wie gekünstelt dieser Scherz war, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die gesamte Sitzung zwei Tage zuvor in einer fast fünfstündigen Aussprache in Stalins Arbeitszimmer im Kreml sorgfältig choreografiert worden war, an der neben Thälmann auch Neumann, Remmele, Pieck und Ulbricht und die Kominternführung teilgenommen hatten und in der der KPD der Auftrag für eine taktische Wende erteilt worden war.⁷² Thälmann war also längst mit der „Kritik“ der Kominternführung konfrontiert worden; sein Rechenschaftsbericht vor dem EKKI-Präsidium war gewissermaßen nur noch die Generalprobe, bei der er beweisen sollte, dass er die neue Parteilinie auf der Sitzung des ZK der KPD „eigenständig“ vertreten konnte. Als das ZK der KPD am 24. Mai die „Antifaschistische Aktion“ proklamierte⁷³, erwies es sich damit ein weiteres Mal als bloßes Verlautbarungsorgan einer in Moskau bis ins Detail vordiktierten Taktik.

Auch wenn dieser Aufruf erstmals den Nationalsozialismus zum „Hauptfeind“ der Arbeiterklasse erklärte, entsprang diese Kurswende erneut rein taktischen Überlegungen. Während die DDR-Geschichtswissenschaft in der „Antifaschistischen Aktion“ einen der wichtigsten politischen Schritte der KPD sah, die bestrebt gewesen sei, mit dieser Initiative die Weimarer Republik zu retten⁷⁴, zielte diese tatsächlich weiterhin in erster Linie gegen die SPD. Der Sozialdemokratie sollte nun lediglich nicht mehr länger die Chance gegeben werden, die KPD als

⁷⁰ Bericht Kastaniens über die Arbeit der RGO in Deutschland vom 28. 5. 1932, RGASPI 495/170/40: 124.

⁷¹ Zitiert nach: Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“, S. 119.

⁷² Die KPD-Führung wurde begleitet von Knorin, Manuilskij, Pjaticnikij, Lozovskij, Gusev und Kuusinen. Bei Stalin befanden sich noch Kaganovich und Kalinin. Das Treffen dauerte laut Besucherbuch von 15.50 Uhr bis 20.30 Uhr. Vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil II, S. 144.

⁷³ Vgl. Die Rote Fahne vom 26. 5. 1932. Der Aufruf ist abgedruckt in: Karl, Antifaschistische Aktion.

⁷⁴ Vgl. beispielhaft die Einleitung in: Karl, Antifaschistische Aktion. Den instrumentellen Charakter der „Antifaschistischen Aktion“ betont demgegenüber: Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“. Auch der ostdeutsche Historiker Kurt Finker kann nach der Wende in der „Antifaschistischen Aktion“ „keine grundsätzliche Änderung des bisherigen Kurses“ erkennen. Vgl. Finker, KPD und Antifaschismus, S. 392.

Bündnispartner der NSDAP darzustellen.⁷⁵ Der Arbeiterschaft sollte vermittelt werden, allein die KPD kämpfe tatsächlich gegen den Nationalsozialismus, um „neue Menschenmassen von der Sozialdemokratie“ loszulösen.⁷⁶

Ob Thälmann an den Erfolg dieser neuen Taktik glaubte, lässt sich schwer nachprüfen. Remmele machte aus seiner Skepsis gegenüber der Konzeption der „Antifaschistischen Aktion“ keinen Hehl: „Sobald die Funktionäre anderer Parteien auch nur davon hören, dass sie nichts anderes als eine Wahlhelfertruppe für die KPD sein sollen, ist es mit der Einheitsfront vorbei.“⁷⁷ Auch Thälmann musste bald feststellen, dass sich mit der neuen Linie schwerlich Vertrauen aufbauen ließ. Selbst die handverlesenen sozialdemokratischen Funktionäre, mit denen sich der KPD-Vorsitzende am 8. Juli 1932 traf, ließen ihr Misstrauen gegenüber der kommunistischen Einheitsfronttaktik durchblicken. Nachdem der Parteichef minutenlang umständlich um das Thema herum geredet hatte, entgegnete einer der Anwesenden trocken: „Der Genosse Thälmann hätte eine etwas klarere Formulierung betr[effs] der Zerschlagung der SPD gebrauchen sollen.“ Und ein anderer SPD-Arbeiter ergänzte, selbst seine kommunistischen Kollegen hätten aufgetragen, bei Thälmann darauf zu dringen, dass „die gehässige Kampfweise zwischen SPD- und KPD-Führer aufgegeben werden soll“.⁷⁸

In der KPD entwickelte die neue Taktik eine Eigendynamik, die von der Parteiführung nicht vorgesehen und schwer zu kontrollieren war.⁷⁹ Die KPD-Führung war sich durchaus bewusst, dass sowohl unter Sozialdemokraten als auch unter Kommunisten „antiautoritäre Stimmungen“ vorherrschten, die darauf hinausliefen, eine Einheitsfront „über die Köpfe aller Führer hinweg“ durchzuführen.⁸⁰

Bemerkenswerterweise zeigte sich dann allerdings ausgerechnet Thälmann selbst von „opportunistischen“ Anwandlungen nicht frei. Angesichts der nach der preußischen Landtagswahl entstandenen Situation versuchte er, den Spielraum der „Antifaschistischen Aktion“ bis zum Äußersten auszureizen. Dabei handelte der Parteivorsitzende, der sich für gewöhnlich besonders loyal gab, schließlich sogar expliziten Anweisungen der Komintern zuwider.⁸¹ Den Anlass für seinen Verstoß

⁷⁵ Vgl. Pjatnickij, *Die Arbeit der kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands*, S. 19, und seine Stellungnahme in der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 19. 5. 1932, RGASPI 73–85, hier: 74.

⁷⁶ Zitiert nach: Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“, S. 119. Vgl. auch das in diesem Sinne verfasste „Rundschreiben Nr. 11. Anweisungen des Sekretariates“ vom 4. 6. 1932, abgedruckt in: Weber, *Generallinie*, S. 502.

⁷⁷ Brief Remmeles an Pjatnickij, Manuilskij, Kuusinen und Knorin vom 17. 6. 1932, RGA-SPI 495/19/526: 39–47, hier: 40.

⁷⁸ Stenogramm des Gesprächs zwischen Thälmann und SPD-Arbeitern im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin am 8. 7. 1932, SAPMO-BArch RY 1/41: 91, 124. Auf Grundlage dieses Stenogramms wurde dann eine Broschüre veröffentlicht, die mit der tatsächlichen Unterhaltung allerdings kaum noch etwas zu tun hatte. Vgl. *Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?* Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern!, Berlin 1932.

⁷⁹ Vgl. Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“, S. 121; Ferner: Weber, *Hauptfeind*, S. 51 f.; Winkler, *Weg in die Katastrophe*, S. 618–620; Mallmann, *Kommunisten*, S. 377–380, jeweils mit Literaturangaben zu lokalgeschichtlichen Fallstudien.

⁸⁰ Vgl. Brief Remmeles an Manuilskij, Pjatnickij, Kuusinen und Knorin vom 17. 6. 1932 über sozialdemokratische Arbeiter, RGASPI 495/19/526: 39–47, hier: 46 f.

⁸¹ Zum Folgenden vgl. auch: Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“, S. 123–128.

gegen die „bolschewistische Disziplin“ bildete die Wahl des preußischen Landtagspräsidenten: Das Zentrum hatte zu erkennen gegeben, dass es bereit sei, vom bisherigen parlamentarischen Brauch abzuweichen, wonach der stärksten Partei im Landtag (dies war nun die NSDAP) dieses Amt zustand. Die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten am 22. Juni hing somit – wie Thälmann an den neuen deutschen Vertreter in Moskau, Wilhelm Florin, schrieb – „ausschließlich von unserer Stellungnahme ab“.⁸² Ein solches gemeinsames Vorgehen mit Zentrum und SPD, um einen sozialdemokratischen statt eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten zu wählen, kam jedoch der offiziell weiterhin abgelehnten „Einheitsfront von oben“ bereits ziemlich nahe. Darum vermied es Thälmann sorgfältig, dies in seinem Schreiben nach Moskau offen auszusprechen.⁸³ Stattdessen erging er sich wortreich darin, die hervorragende Chance zu preisen, Sozialdemokratie und Zentrum bei dieser Gelegenheit zu „entlarven“.

Gleichzeitig machte Thälmann gegenüber Moskau aber auch deutlich, was bei dieser Wahl auf dem Spiel stand: Die neue Einheitsfronttaktik würde bei der Basis sofort unglaubwürdig, wenn die KPD wie bisher aussichtslose kommunistische Kandidaten aufstellen und damit einem Nationalsozialisten ins Amt ver helfe. Ein solches Vorgehen, so Thälmann in seinem Brief nach Moskau, wäre „zweifelsohne [...] von sehr nachteiliger Wirkung bei der Fortführung der antifaschistischen Aktion“.⁸⁴

Die Moskauer Funktionäre waren sich allerdings nicht einig, ob sie einer solchen „Einheitsfront von oben“ zustimmen sollten: Die Mehrheit in der Komininternführung stimmte für Thälmanns Vorschlag – und hielt es darüber hinaus sogar für möglich, dass die KPD im preußischen Landtag für einen Kandidaten des Zentrums stimmte, um einen nationalsozialistischen Landtagspräsidenten zu verhindern. Die Hardliner Knorin und Pjatnickij dagegen lehnten jegliche Abmachungen im Parlament weiterhin strikt ab. Da sich Stalin am Schwarzen Meer befand und deshalb in der Eile nicht konsultiert werden konnte, mussten Molotov und Kaganovich entscheiden.⁸⁵ Ihre Antwort findet sich als Beschluss der Kominintern-

⁸² Brief Thälmanns an Wilhelm Florin vom 18. 6. 1932, RGASPI 495/4/198: 5–7, hier: 5.

⁸³ Eine solche hatte es zwar schon gegeben: Auf Anweisung Moskaus hin hatte sich die KPD dem Ansinnen der NSDAP verweigert, die am 12. April 1932 geänderte Geschäftsordnung des Preußischen Landtages wiederherzustellen. Mit dieser neuen Geschäftsordnung war faktisch ein konstruktives Misstrauensvotum eingeführt worden, weil der amtierende Ministerpräsident nun nur noch abgelöst werden konnte, wenn ein Nachfolger mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wurde. In der Frage der Wahl des Landtagspräsidenten war die Situation nun aber anders: Jetzt trat Thälmann dafür ein, nicht nur gegen einen Vorschlag der NSDAP zu stimmen, sondern aktiv für einen Kandidaten der SPD einzutreten. Zur Änderung der Geschäftsordnung vgl. Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 386–388; Schulze, *Otto Braun*, S. 726f. Zur Stellung der Komininternführung in dieser Frage vgl. den Bericht von Manuilskij, Kuusinen, Gusev, Knorin, Pjatnickij vom 10. 5. 1932, RGASPI 495/19/236: 161–166, und Pjatnickij in der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 19. 5. 1932, RGASPI 73–85, hier: 75.

⁸⁴ Brief Thälmanns an Wilhelm Florin vom 18. 6. 1932, RGASPI 495/4/198: 5–7.

⁸⁵ Vgl. Brief Pjatnickijs, Knorins, Gusevs, Lozovskijs an Molotov und Kaganovich vom 20. 6. 1932, RGASPI 508/1/126: 1f.

führung wieder: Die KPD durfte für einen Kandidaten der SPD stimmen, musste dies aber an Bedingungen knüpfen.⁸⁶

Die kommunistische Landtagsfraktion jedoch ignorierte diese zusätzliche Anweisung: Obwohl SPD und Zentrum die Bedingungen der KPD sofort ablehnten, stimmten die kommunistischen Abgeordneten dennoch für den sozialdemokratischen Kandidaten.⁸⁷ In Moskau wurde dies als schwerer Vertrauensbruch gewertet: Ärgerlich fragte die Komintern in Berlin nach, warum die KPD nicht ihre Anweisungen für ihr Verhalten im preußischen Landtag befolgt habe.⁸⁸ Dies war übrigens das ominöse Telegramm, das lange Zeit nur durch die Erinnerungen Herbert Wehners bekannt war, mit dem die Komintern „opportunistische Auswüchse“ der Einheitsfronttaktik kritisierte. Wehner selbst kannte das Telegramm allerdings nur aus zweiter Hand; dennoch folgerten viele Forscher mangels Originalquellen fälschlicherweise, die Komintern habe damit schon im Juni 1932 für eine *generelle* Abkehr von der damals praktizierten, „flexibleren“ Einheitsfronttaktik plädiert.⁸⁹ Tatsächlich bezog sich die Kritik Moskaus aber konkret auf das Vorgehen der KPD im Preußischen Landtag.

Obwohl der deutsche Parteivorsitzende mit diesem eigenmächtigen Vorgehen im preußischen Landtag faktisch eine Wende zur Einheitsfront „von oben“ vollzogen hatte, so lehnte er es doch ab, diese Wende auch öffentlich als solche offensiv zu vertreten. Auf einen entsprechenden Vorschlag Heckerts und Dahlems während einer Politbürositzung reagierte Thälmann lautstark: Es sei „das dümmste von der Welt, wenn wir das jetzt in der Öffentlichkeit sagen würden. Dann hätten ja die Sozialdemokraten und Brandleristen recht, die behaupten, wir haben unsere Taktik geändert.“⁹⁰

Zeugte dieser Widerspruch nun von der heillosen Verwirrung eines Kommunisten, der selbst nicht mehr wusste, ob die Einheitsfronttaktik der Spaltung oder Einheit dienen sollte?⁹¹ Oder resultierte er aus einem realpolitischen „Lernprozess“ Thälmanns, der aber in der eigenen Partei auf Widerstand stieß?⁹² Entscheidend für sein inkonsequentes Verhalten war wohl insbesondere, dass sich der deutsche Parteivorsitzende bewusst war, von Moskau bei jeden seiner politischen Schritte beobachtet zu werden. Seine Politik offen zu ändern, kam für ihn daher nicht in Frage. Hinzu kam seine auf Loyalität getrimmte Persönlichkeit: Obwohl er in der Einheitsfrontpolitik anscheinend über die von der Komintern gesteckte Grenze hinausgehen wollte, blieb für ihn jeglicher offener Widerstand gegen die

⁸⁶ Protokoll Nr. 141 der außerordentlichen Sitzung des PS vom 20. 6. 1932, RGASPI 495/3/251: 1.

⁸⁷ Vgl. Brief Remmeles an Manuilskij, Pjatnickij, Kuusinen und Knorin vom 24. 6. 1932, RGASPI 495/19/526: 89–95, hier: 89f.

⁸⁸ Protokoll Nr. 255 der PK vom 27. 6. 1932, RGASPI 495/4/200: 1f.

⁸⁹ Vgl. Wehner, Zeugnis, S. 47 (Wehner hatte von dem Telegramm nach eigenen Worten erst auf der so genannten Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 erfahren); Weber, Hauptfeind, S. 54; Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 161–163.

⁹⁰ Vgl. Brief Remmeles an Manuilskij, Pjatnickij, Kuusinen und Knorin vom 29. 6. 1932, RGASPI 495/19/703: 80–86, hier: 81.

⁹¹ Vgl. Wirsching, „Hauptfeind Sozialdemokratie“, S. 127.

⁹² Vgl. Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 217.

von Stalin festgelegte „Sozialfaschismus“-Doktrin sakrosankt. Wenn er in Einzelfällen doch einmal – wie eben im Preußischen Landtag – von der geltenden „Generallinie“ abweichen wollte, so musste er sich als Kompensation gegenüber der Moskauer Führung als umso treuerer Erfüllungsgehilfe präsentieren.⁹³

Die Folge war ein Schlingerkurs der KPD-Führung in der Einheitsfrontfrage, der die Parteimitglieder völlig verwirrte: Nach der Kritik aus Moskau an dem Verhalten im preußischen Landtag blies die KPD-Spitze am 14. Juli zunächst zum Rückzug in der Einheitsfrontpolitik⁹⁴, nur um den Führungen von SPD und ADGB keine Woche später nach der verfassungswidrigen Absetzung der Regierung Braun anzubieten, gemeinsam einen Generalstreik zu organisieren. Freilich bemühte man sich, in der Öffentlichkeit tunlichst zu verschleiern, dass es sich hier um eine „Einheitsfront von oben“ handelte.⁹⁵ Bald danach dominierte wieder die „Sozialfaschismus“-Doktrin die Verlautbarungen der KPD. Der Chefredakteur des sozialdemokratischen *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, versuchte vergeblich, über die sowjetische Botschaft in Berlin eine Art Waffenstillstand zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auszuhandeln.⁹⁶ Stampfer habe „sich – verständlicherweise – darüber beschwert, dass ihn die Kommunisten einen Faschisten nennen“, berichtete der sowjetische Botschaftsrat Vinogradov Ende August 1932 nach Moskau.⁹⁷

Obwohl die Kominternführung nach den schlechten Wahlergebnissen für die KPD Anfang Mai selbst zunächst darauf gedrängt hatte, die Politik der KPD zu ändern und in dem seit dem 30. Mai 1932 amtierenden Kabinett Franz von Papen eine Regierung sah, „die aus Leuten besteht, die zwar nicht formell, aber doch faktisch, wenn nicht der nationalsozialistischen Partei, so doch auf jeden Fall aus ihr nahestehenden Vertretern der Junker, der Schwerindustrie und der Reichswehrgeneralität besteht [...]“⁹⁸, blieb in Moskau dennoch alles beim Alten: Wie üblich konzentrierte man sich im EKKI auf die Frage, wie die KPD die Anhänger der SPD gewinnen könne. Der Regierungswechsel wurde insofern gerade deshalb als wunderbare Gelegenheit betrachtet, weil er eine Zuspitzung der innenpolitischen Lage in Deutschland versprach. In Moskau entwickelte sich daher eine geradezu fiebrige Erwartungshaltung, in der die Hauptsorge der Frage galt, ob die deutschen Kommunisten die Chance zur eigenen Machtübernahme verspielten. Der KPD wurde daher als Handreichung ein Memorandum zur Lage in Deutschland

⁹³ Vgl. dazu: Brief Remmeles an Manuilskij, Pjatnickij, Kuusinen und Knorin vom 11. 8. 1932, RGASPI 495/19/527: 34–46, hier: 38.

⁹⁴ „Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariates“ des ZK der KPD an die Bezirksleitungen vom 14. 7. 1932, abgedruckt in: Weber, *Generallinie*, S. 526–528.

⁹⁵ Der Aufruf wandte sich „an die deutsche Arbeiterschaft“. Abgedruckt in: Karl, *Antifaschistische Aktion*, S. 193f. Der tschechische Kommunist Josef Guttman kritisierte auf dem XII. EKKI-Plenum Anfang September 1932 genau diesen Widerspruch, vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 164, Fn. 468.

⁹⁶ Zu den Kontakten des Chefredakteurs Friedrich Stampfers mit der sowjetischen Botschaft und der KPD-Führung vgl. Stampfer, *Erfahrungen und Erkenntnisse*, S. 263–270.

⁹⁷ Diensttagebuch Vinogradovs vom 20. 8. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 153.

⁹⁸ Knorin in der Sitzung des PS vom 11. 6. 1932, RGASPI 495/3/249: 168–187, hier: 175. Er trug hier im Wesentlichen sein Memorandum „O polozenie v Germanii“ vom 9. 6. 1932 vor, RGASPI 495/3/249: 315–324.

zugeschickt, in dem der Partei aufgetragen wurde, im „entsprechenden Augenblick“, wie z. B. einer „Machtergreifung durch die Nazis in Preußen“, die Gewerkschaften bis hin zu deren Zentralvorständen zu einem „politischen Massenstreik“ aufzurufen.⁹⁹ In der Kominternführung dachte aber niemand an eine tatsächliche, bedingungslose Zusammenarbeit: Falls vom ADGB auf einen solchen Aufruf „keine Antwort, eine schwankende Antwort oder eine Antwort mit Vorbehalten“ erfolge, müsse dies „zur Entlarvung der Reformisten“ ausgenutzt werden.¹⁰⁰

Die bolschewistische Führung war von diesem Memorandum der Kominternführung hingegen gar nicht begeistert – ihr erschien der Text allzu revolutionär. Es sei noch zu früh, sich über die Durchführung eines Generalstreikes Gedanken zu machen, denn ein solcher sei ja schließlich auf die „Entfaltung von revolutionären Kämpfen“ angelegt, schrieb Kaganovich an Stalin.¹⁰¹ Dem stimmte der Diktator zu: Stalin beschied Kaganovich in seiner Antwort lakonisch, dass er mit dessen skeptischen Ansichten, was „Deutschland und den Generalstreik“ betreffe, übereinstimme.¹⁰²

Ähnlich reagierte Stalin auf den so genannten Preußenschlag vom 20. Juli 1932, als Reichkanzler Papen die geschäftsführende preußische Regierung Braun durch eine Notverordnung absetzte und sich zum Reichskommissar für Preußen erklärte.¹⁰³ Aus Sicht der Kominternführung war das der Moment, auf den man so lange gewartet hatte: Die EKKI-Funktionäre hofften, der Sturz der amtierenden Landesregierung werde von der deutschen Arbeiterschaft ebenso mit einem Generalstreik gekontert, wie dies 1920 mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch geschehen war.¹⁰⁴ Noch fünf Wochen nach dem „Preußenschlag“ schwärmte Knorin von der Gelegenheit des 20. Juli: Wäre die Situation richtig ausgenutzt worden, dann hätte die KPD eine „große revolutionäre Bewegung in Deutschland auslösen können“.¹⁰⁵ Das war jedoch genau das Szenario, das die bolschewistische Führung vermeiden wollte. Gerade weil Moskau am 21. Juli noch davon ausging, dass in Preußen bereits das Kriegsrecht eingeführt und Berlin von der Reichswehr umstellt sei¹⁰⁶, sollte die KPD aufgefordert werden, sich „nicht zu bewaffneten Aus-

⁹⁹ „О poloзehnie v Germanii“. Memorandum Knorins vom 9. 6. 1932, RGASPI 495/3/249: 315–324.

¹⁰⁰ Protokoll (A) Nr. 250 der außerordentlichen Sitzung der PK vom 10. 6. 1932, Pkt. 1, RGASPI 495/4/196: 2f.

¹⁰¹ Brief Kaganovichs an Stalin vom 17. 6. 1932, RGASPI 558/11/740: 67f. Zwei Tage später schickte Kaganovich eine neue Fassung des Briefes der Komintern an die KPD, die „bedeutend weicher“ formuliert war, insbesondere in der Frage des Generalstreikes. Vgl. Brief Kaganovichs an Stalin vom 19. 6. 1932, RGASPI 558/11/740: 73.

¹⁰² Brief Stalins an Kaganovich, o.D. [nach dem 21. 6. 1932], abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), Stalin i Kaganovich, S. 186f.

¹⁰³ Zum Preußenschlag vgl. u. a.: Morsey, Zur Geschichte des „Preußenschlages“; Schulz, „Preußenschlag“ oder Staatsstreich?

¹⁰⁴ Vgl. den Entwurf der PK vom 22. 7. 1930 für eine Direktive an die KPD, zum Generalstreik aufzurufen, RGASPI 495/3/252: 184.

¹⁰⁵ Knorin auf dem XII. EKKI-Plenum am 5. 9. 1932, RGASPI 495/170/214: 43.

¹⁰⁶ Vgl. Telegramm Kaganovichs an Stalin vom 21. 7. 1932, RGASPI 558/11/78: 70f. Eine erste Nachricht über den Staatsstreich hatte Stalin bereits am 20. 7. 1932 erreicht. Darin

einandersetzungen provozieren zu lassen“. Am besten sei es, so kamen Stalin und Kaganovich überein, wenn die deutschen Kommunisten sogar darauf verzichteten, in Berlin und Umgebung Demonstrationen abzuhalten.¹⁰⁷

Andererseits widersetzten sich Stalin, Molotov und Kaganovich weiterhin allen Initiativen, eine „Einheitsfront von oben“ aufzubauen. Der weitreichendste Vorstoß dieser Art kam eine gute Woche vor Papens Staatsstreich – und ging bemerkenswerterweise ausgerechnet von den Hardlinern Knorin und Pjatnickij aus. Angesichts der dramatischen Entwicklung in Deutschland machten sie sich nun einen Vorschlag von Willi Münzenberg zu eigen, mit dem Chef des sozialdemokratischen Reichsbanners, Karl Höltermann, über ein antifaschistisches Bündnis zu verhandeln.¹⁰⁸ In der KPD-Führung gab es zu dieser Zeit neben Münzenberg mehrere Funktionäre, die mit demokratischen Politikern im Kontakt standen, um über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Nationalsozialisten zu beraten.¹⁰⁹ Auch Höltermann selbst hatte sich über Mittelsmänner bereits an die KPD-Spitze gewandt und für ein Zusammengehen von SPD und KPD gegen die Nationalsozialisten mit dem Argument geworben, er wolle ja nicht nur die Weimarer Republik verteidigen, sondern darüber hinaus eine „soziale Republik“ erkämpfen.¹¹⁰ Dass sich die KPD-Spitze vorstellen konnte, mit einem Mann zusammenzuarbeiten, der ein Jahr zuvor noch öffentlich als „sozialfaschistischer Reichsbannergeneral“ beschimpft worden war¹¹¹, zeigt den Wandel, der mittlerweile stattgefunden hatte.

Auch die Kominternführung war nun also bereit, sich an solchen Gesprächen zu beteiligen und hatte diesmal offensichtlich *nicht* vor, die Sozialdemokraten ein weiteres Mal als Scheinoppositionelle zu „entlarven“. Denn anstatt wie üblich der SPD öffentlich unerfüllbare Forderungen zu präsentieren, sollte ein Emissär des EKKI nun zunächst geheim und direkt mit Höltermann verhandeln. Im EKKI war man somit offensichtlich an einem realen Erfolg interessiert.¹¹²

wurde auch korrekt gemeldet, dass nicht Braun und Severing, sondern der Berliner Polizeipräsident Grzesinski und seine Stellvertreter Weiss und Heimsberg (kurzfristig) verhaftet worden waren. Vgl. das Telegramm von Poskrebyshev an Stalin vom 20. 7. 1932, RGASPI 558/11/78: 60.

¹⁰⁷ Vgl. Brief Kaganovichs an Stalin vom 21. 7. 1932, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), Stalin i Kaganovich, S. 238 f., und die Antwort von Stalin: Telegramm Stalins an Kaganovich vom 21. 7. 1931, RGASPI 558/11/78: 68.

¹⁰⁸ Über die Gespräche zwischen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff und Emil Kirschmann mit Willi Münzenberg vgl. Kirschmann, Preußens Ausklang, v. a. S. 87 f.

¹⁰⁹ Anfang Juni hatte sich Wilhelm Abegg, Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern, mit dem KPD-Reichstagsabgeordneten Torgler und zwei Mitgliedern der KPD-Fraktion im preußischen Landtag getroffen, um die KPD zur Mäßigung aufzurufen. Vgl. dazu: Aufzeichnung des Ministerialrates Wienstein vom 19. 7. 1932 über eine Unterredung in der Wohnung des Regierungsrates Diels, in: AdR, Kabinett Papen, Dok. No. 66.

¹¹⁰ Vgl. Brief Remmeles an Pjatnickij, Manuilskij, Kuusinen und Knorin vom 17. 6. 1932, RGASPI 495/19/526: 39–47, hier: 41.

¹¹¹ Vgl. die Zeitschrift Der rote Stern 9 (1932), Heft 30.

¹¹² Brief Knorins und Pjatnickijs an Kaganovich vom 10. 7. 1932 mit einem Memorandum über Karl Höltermann, RGASPI 495/19/236: 167 f.

Doch dieser erste – und vor 1934 einzige – nennenswerte Versuch der Kominternführung, eine Art Volksfront aufzubauen, wurde von Stalin im letzten Moment abgeblockt. Die Komintern „darf sich da nicht einmischen“, wies der Diktator Kaganovich kategorisch an. „Örtliche Kampfabsprachen muss man zulassen, ohne das ZK der KPD *offiziell* in diese Angelegenheit zu verwickeln. Dies unter der Bedingung der Sicherstellung der faktischen *Führung* durch die Organisationen der KPD.“¹¹³ Damit war der Vorschlag abgelehnt. Wenig später teilte Münzenberg seinem Kontaktmann bei der SPD mit, dass seine Versuche, eine „Einheitsfront von oben“ aufzubauen, von der Parteiführung abgelehnt worden seien.¹¹⁴

1932 hatte sich also bis zu den Hardlinern in der Kominternspitze die Einsicht durchgesetzt, dass „das Geschrei über Hitler“ vielleicht doch nicht übertrieben war. Obwohl in mehreren Anläufen versucht wurde, den bisherigen Kurs zu ändern, scheiterten alle Initiativen letztlich am Veto Stalins. Aufgrund der Struktur der Kominternführung und der persönlichen Verpflichtung aller Führungsfunktionäre auf den sowjetischen Diktator traute sich niemand, gegen die Anweisungen Stalins offen zu opponieren.

3. Von der Unterschätzung Hitlers zur vorauseilenden Appeasement-Politik

Während in der Forschung bislang angenommen wurde, die sowjetische Führung sei 1933 von Hitlers „Machtergreifung“ überrascht worden, so zeigen die nun zugänglichen Dokumente, dass Stalin bereits im Sommer 1932 mit einer baldigen Regierungsbeteiligung der NSDAP rechnete. Vor diesem Hintergrund stellt sich um so dringender die Frage, weshalb Stalin seine Politik gegenüber der SPD nicht revidierte, um zu versuchen, den Aufstieg der NSDAP zu verhindern.

Zum einen scheint es so, als habe der sowjetische Diktator das Interesse an der KPD wie auch an der Komintern insgesamt weitgehend verloren. Für die Zeit seit dem Frühjahr 1932 lassen sich immer weniger Kontakte zwischen Stalin und der Kominternführung nachweisen. Andere Probleme, wie der militärische Konflikt an der Grenze zu Japan sowie innenpolitische Fragen nahmen ihn offenbar weit stärker in Anspruch. Im April 1932 erklärte Stalin gegenüber Neumann in einem vertraulichen Gespräch ganz offen, er beschäftigte sich momentan nicht mit Kominternangelegenheiten, da ihm die „Kriegsfrage“ keine Zeit dazu lasse.¹¹⁵

¹¹³ Brief Stalins an Kaganovich vom 17. 7. 1932 (Hervorhebungen im Original), abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), *Stalin i Kaganovich*, S. 231. Kaganovich meldete Stalin am 21. 7. 1932 telegrafisch, dass er Pjatnickij Stalins Meinung übermittelt habe, RGASPI 558/11/740: 98.

¹¹⁴ Vgl. Kirschmann, *Preußens Ausklang*, S. 87f. Kirschmann datierte dieses Gespräch allerdings bereits auf Anfang Juni 1932.

¹¹⁵ Vgl. die Notizen Piecks über das Gespräch Neumanns mit Stalin am 7. 4. 1932, RGASPI 495/19/527a: 159.

Während Deutschland auf eine Diktatur von rechts zusteuerte, und die Spitzen der KPD und Komintern auf eine entschiedene Reaktion Stalins auf diese Vorgänge warteten, setzte der sowjetische Diktator offenbar andere Prioritäten. Von der einstigen revolutionären Grundeinstellung Stalins war vor dem Hintergrund der scheinbar immer weiter ansteigenden Kriegsgefahr kaum etwas mehr übrig geblieben – nun interessierte ihn hauptsächlich die Frage, wie sich die ausländischen Kommunisten im Falle eines Angriffes der „imperialistischen Mächte“ auf die Sowjetunion besser als „fünfte Kolonne“ im Rücken des Feindes einsetzen ließen. Vor dem XII. EKKI-Plenum regte Stalin an, dass die ausländischen Parteien Aktionskomitees gründen sollten, die Waffentransporte in ihren Ländern behindern sollten, wenn sich diese im Krieg mit der Sowjetunion befänden.¹¹⁶

Für die Ergebnisse des XII. EKKI-Plenums selbst mochte sich Stalin hingegen kaum Zeit nehmen. Damit der Diktator wenigstens grob über den Verlauf des Plenums orientiert war, wurde ein zusammenfassender Bericht mit den angenommenen Thesen an ihn geschickt. „Wir bitten sehr, die Dokumente durchzusehen“, schrieb Pjatnickij in dem Anschreiben an Stalin und Molotov und fügte hinzu: „Wenn es nicht möglich sein sollte, alle Dokumente durchzusehen, dann wäre es wünschenswert, die Thesen zum ersten, dritten und vierten Tagesordnungspunkt durchzusehen.“¹¹⁷

Die überhand nehmenden innen- und außenpolitischen Probleme veranlassten Stalin im Sommer 1932, eine Außenpolitik zu verfolgen, die sich stärker an den Handlungsmustern orientierte, die sowjetische Diplomaten stets eingefordert hatten. Während Stalin die sowjetischen Diplomaten immer wieder als potentielle „Rechtsabweichler“ diffamiert hatte, weil er fand, dass sie den „revolutionären Aspekt“ der Außenpolitik vernachlässigten, so legte er auf diesen Punkt nun selbst kaum noch Wert. Je weniger Stalin an eine erfolgreiche Revolution in Deutschland glaubte, desto größere Bedeutung gewann für ihn die Aufrechterhaltung ungestörter wirtschaftlicher, politischer und militärischer Beziehungen zu Deutschland. Die scharfen Kommentare von *Pravda* und *Izvestija* über die neue Regierung von Papen erregten daher den Zorn des Diktators:

„Unsere Zeitungen haben in Hinsicht auf die neue deutsche Regierung den falschen Ton gewählt. Sie schimpfen und schmähen diese. Dies ist eine falsche Position, die ‚revolutionär‘ gedacht ist, tatsächlich aber denen nützt, die einen Bruch zwischen der UdSSR und Deutschland anstreben. Diesen Fehler muss man korrigieren.“¹¹⁸

¹¹⁶ Brief Stalins und Molotovs an Kaganovich vom 16. 8. 1932, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), Stalin i Kaganovich, S. 281. Entsprechende Bemühungen unternahm die Komintern bereits seit Anfang 1932, wenngleich mit bescheidenen Erfolgen. Vgl. Brief Madyars an Kun vom 20. 2. 1932, wo er über die im letzten Telegramm Kuns angeordnete „ernste Aktion“ schrieb: „Was die Eisenbahntransporte anbelangt“, seien die Kommunisten in Tschechien und Deutschland pessimistisch, dass „im gegebenen Moment“ Streiks organisiert werden könnten, weil sie unter den Eisenbahnern sehr schwach vertreten seien, RGASPI 495/60/238: 11–14, hier: 13.

¹¹⁷ Brief Pjatnickijs an Stalin und Molotov vom 21. 9. 1932, RGASPI 495/19/243: 36 f.

¹¹⁸ Telegramm Stalins an Kaganovich vom 5. 6. 1932, RGASPI 558/11/77: 13. Stalin bezog sich dabei u. a. auf den Artikel der *Pravda* vom 3. 6. 1932.

Diese Forderung Stalins, gegenüber der Regierung von Papen eine beschwichtigendere Haltung einzunehmen, überrascht, galt der neue Kanzler doch schon den Zeitgenossen als Anhänger einer deutsch-französischen Zusammenarbeit und Gegner der Rapallopolitik. Die sowjetischen Diplomaten fürchteten daher, dass mit Papens Regierungsantritt – wie sich der sowjetische Botschaftsrat Boris Stein gegenüber Ernst von Weizsäcker ausdrückte – es nun mit der „deutsch-russischen Freundschaft zu Ende“ sei.¹¹⁹ Im NKID hielt man eine vollständige Änderung der deutschen Russlandpolitik für möglich.¹²⁰

Ob Stalin diese pessimistische Einschätzung teilte, ist nicht klar. Solange der bereits im August 1931 ausgehandelte Nichtangriffspakt mit Frankreich noch nicht unterzeichnet worden war und damit noch keine stabile Alternative zu den bislang privilegierten deutsch-sowjetischen Beziehungen in Sicht war, hielt es der Diktator offensichtlich für klüger, sich die Position des sowjetischen Außenkommissars Litwinov zu eigen zu machen¹²¹; Litwinov, dem in der bisherigen Forschung gemeinhin eine germanophobe Einstellung nachgesagt wurde¹²², hatte im Herbst 1931 zu Kaganovich gesagt: „Wir tanzen jetzt auf dem deutschen Bein, solange sich mit Frankreich nichts ergibt.“¹²³ Diese Haltung prägte nun auch Stalins Stellungnahme zur sowjetischen Berichterstattung über die neue deutsche Regierung: Es galt, sich gegenüber von Papen zurückzuhalten, bis eine gleichwertige Alternative in Sicht war.

Vom Mobilisierungspotential der deutschen Kommunisten, das mittelfristig eine revolutionäre Perspektive in Deutschland eröffnet hätte, war Stalin dagegen spätestens seit dem Misserfolg Thälmanns bei der Reichspräsidentenwahl im März 1932 schwer enttäuscht. Weil die KPD in den Jahren 1931/32 dabei versagt hatte, sich einen solch aktivistischen Massenanhang zu schaffen, wie ihn die NSDAP scheinbar unaufhaltsam aufbaute, verlor sie für ihn als politischer Faktor immer mehr an Bedeutung: „Jeder sowjetische Traktor ist mehr wert als zehn ausländische Kommunisten“, soll Stalin später geäußert haben.¹²⁴ Die abfälligen Kommentare, die sowjetische Diplomaten in Gesprächen mit deutschen Politikern über die KPD abgaben¹²⁵, spiegelten nunmehr auch die Haltung der bolschewistischen Führung gegenüber der KPD wider.

Anstatt sich nach den Wahlsiegen der NSDAP im Frühjahr 1932 für ein Bündnis von KPD und SPD stark zu machen, begann sich Stalin offensichtlich mit der Prognose des sowjetischen Botschafters in Berlin zu arrangieren, derzufolge Hit-

¹¹⁹ von Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 91.

¹²⁰ Zur Einschätzung der Regierung von Papen durch die sowjetischen Diplomaten vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 139–157.

¹²¹ Die Paraphierung hatte bereits am 24. 8. 1931 stattgefunden, die Unterzeichnung gelang erst am 29. 11. 1932.

¹²² Vgl. insbesondere wieder Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*; Carr, *Twilight of Comintern*. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf Litwinovs englische Ehefrau verwiesen.

¹²³ So zitierte Kaganovich Litwinov in einem Brief an Stalin vom 16. 9. 1932, RGASPI 558/11/739: 122.

¹²⁴ Zitiert nach: Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 68.

¹²⁵ Vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 143.

ler „früher oder später“ die Machtübernahme gelingen werde.¹²⁶ Der Diktator begann sich auf diese Situation vorzubereiten, indem er sich über die außenpolitischen Pläne der Nationalsozialisten informierte und sich im Juni 1932 vom sowjetischen Geheimdienst ein Memorandum über Hitler zusammenstellen ließ.¹²⁷

Aufgrund der jahrelangen Unterschätzung des Phänomens Hitler durch die gesamte sowjetische Parteiführung bestand damals ein großes Informationsdefizit. Die außenpolitische Orientierung der NSDAP war Moskau ein großes Rätsel. Schon im Dezember 1930 hatte Litwinov einen deutschen Journalisten gefragt, wieso sich die Nationalsozialisten in ihrer Politik ebenso gegen Frankreich wie gegen die Sowjetunion wandten? „Das schließe eine erfolgreiche Außenpolitik doch aus.“¹²⁸ Im NKID wurde daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass sich die NSDAP irgendwann einmal für eine Option entscheiden müsse – und so arbeiteten die sowjetischen Diplomaten folglich intensiv daran, die Vertreter einer prosovjatischen Orientierung zu unterstützen. Seit der Abspaltung des Otto-Straßer-Flügels und der „Stennes-Revolve“ waren die sowjetischen Diplomaten ebenso wie die Komintern überzeugt gewesen, dass die NSDAP ein höchst labiles – und somit beeinflussbares – Gebilde darstellte: So meinte Khinchuk im Juni 1931, in der nationalsozialistischen Partei gebe es Tendenzen, ihren „nominellen Führer“ Hitler zu isolieren. Auch der Stern von Goebbels, der für den sowjetischen Diplomaten „psychologisch gesehen ein pathologisches Subjekt und prinzipienloser Karrierist“ war, sei im Sinken begriffen.¹²⁹ Folglich schien es den sowjetischen Diplomaten erfolgversprechend, diesen vermeintlichen Spaltungsprozess innerhalb der NSDAP zu befördern und im eigenen Sinne zu steuern.¹³⁰ Besonders interessierten sie sich für den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf von Reventlow, der schon in den 20er Jahren offen für ein Bündnis mit der Sowjetunion eingetreten war. Die sowjetischen Botschaftsangehörigen in Berlin

¹²⁶ Sowjetische Diplomaten rechneten offensichtlich sehr früh mit einer Regierungsbeteiligung und versuchten die möglichen Folgen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu ermitteln. Vgl. Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Boris Stein und dem deutschen Diplomaten Twardowski vom 12. 12. 1931, AVP RF 082/14/62/2: 367. Vgl. dazu: Slutsch, Deutschland und die UdSSR 1918–1939, S. 65.

¹²⁷ Der Eingang dieser *spravka* an Stalins Urlaubsresidenz wurde für den 21. 6. 1932 eingetragen, vgl. das Verzeichnis der Materialien, die Stalin zugeschickt bekam, RGASPI 558/11/79: 87–138. Das Memorandum selbst befindet sich möglicherweise noch im Präsidentenarchiv der Russischen Föderation. Dass sich Stalin vor dem Frühjahr 1932 noch nicht für die außenpolitische Orientierung der NSDAP interessiert hat, schließe ich daraus, dass dieses Thema in seiner Urlaubs-Korrespondenz vor diesem Zeitpunkt keine Rolle spielt, während es im Sommer 1932 mehrfach erwähnt wird.

¹²⁸ Bericht Wilhelm Hacks über seine Moskauer Unterredung mit Litwinov und Voroshilov im Dezember 1930, zitiert nach: Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 45.

¹²⁹ Bericht Khinchuks über die innenpolitische Lage in Deutschland vom 8. 6. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 93–113, hier: 93 f.

¹³⁰ Zu den vermeintlichen Spaltungstendenzen vgl. den Bericht des sowjetischen Botschaftsrates Vinogradov über die innenpolitische Lage in Deutschland vom 16. 8. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 145–152. Zu den unterschiedlichen außenpolitischen Vorstellungen innerhalb der NSDAP vgl. Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen dem Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Berlin, Michailski, und Oberst Fischer vom 27. 8. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 175 f.

verkannten, dass von Reventlow in der NSDAP ein krasser Außenseiter war, und bemühten sich 1932 um engen Kontakt mit ihm.¹³¹ Ein weiterer Gesprächspartner der Botschaft war der Reichswehroffizier Niedermayer, der als langjähriger Organisator der geheimen militärischen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee ebenfalls an gleichbleibend guten deutsch-sowjetischen Beziehungen interessiert war: Er bot der sowjetischen Botschaft im Juli 1932 an, den Kontakt zu Hermann Göring herzustellen und damit eine ständige Verbindung zur NSDAP aufzubauen.¹³²

In der bolschewistischen Führung sorgten diese Berichte für ein falsches Bild der außenpolitischen Ziele der NSDAP. So schrieb Kaganovich im Juni 1932 erleichtert an Stalin, dass „selbst so ein Nat[ional] Sozialist wie Reventlow“ erklärt habe, Deutschland werde die Sowjetunion niemals angreifen.¹³³ Nach dem Wahlsieg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, bei der sie mit 37,3 Prozent der abgegebenen Stimmen die Zahl ihrer Mandate mehr als verdoppeln konnte und somit im Zenit ihres politischen Erfolges stand, hielt es Kaganovich für geboten, die Kontakte zur NSDAP zu intensivieren: Drei Tage nach der Wahl schickte er Stalin den Bericht über Niedermayers Angebot für ein Gespräch mit Göring und bemerkte dazu, der Bericht sei „von Interesse“.¹³⁴

Stalin stand der Idee einer Annäherung an eine vermeintliche prosowjetisch-antiwestliche „Gruppe“ in der NSDAP positiv gegenüber. Am 6. August billigte er daher sogar den Vorschlag Litwinovs, auf ein Gesprächsangebot Reventlows einzugehen: „Wenn Reventlow nach einem Treffen mit Litwinov trachtet, muss man die Zustimmung zu einem Treffen geben“, entschied der Diktator.¹³⁵ Nachdem die Verhandlungen zwischen Schleicher und Hitler über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP Mitte August scheiterten, wurde das geplante Treffen zwischen Litwinov und Reventlow zwar abgesagt¹³⁶, die Kontakte zwischen sowjetischer Botschaft und Reventlow blieben jedoch bestehen.¹³⁷

¹³¹ Vgl. Diensttagebuch Vinogradovs über Gespräch mit Reventlow vom 20. 8. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 155 f.

¹³² Der Bericht des sowjetischen Botschaftsrates Aleksandrovskijs vom 28. 7. 1932 ist abgedruckt in: D'jakov (Hg.), *Fashistskja mech*, S. 132 f. Vgl. dazu auch den entsprechenden Eintrag in Stalins Materialfindbuch, RGASPI 558/11/79: 87–138. Der Bericht über das Gespräch mit Reventlow hat sich bislang nicht finden lassen. Vgl. auch den Brief Kaganovichs an Stalin vom 3. 8. 1932, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), *Stalin i Kaganovich*, S. 259.

¹³³ Brief Kaganovichs an Stalin vom 9. 6. 1932, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), *Stalin i Kaganovich*, S. 153–156.

¹³⁴ Brief Kaganovichs an Stalin vom 2. 8. 1932, abgedruckt in: Khlevnjuk (Hg.), *Stalin i Kaganovich*, S. 258.

¹³⁵ Chiffretelegramm Stalins an Kaganovich vom 6. 8. 1932, RGASPI 558/11/78: 127. Vgl. dazu die Anfrage von Kaganovich und Molotov vom 5. 8. 1932, RGASPI 558/11/78: 128.

¹³⁶ Vgl. dazu den Bericht des sowjetischen Botschaftsrates Vinogradov über die innenpolitische Lage in Deutschland vom 16. 8. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 145–152, und B. Steinemann, *Nach dem Scheitern der Regierungsbildung mit Hitler*, in: *Inprekorr* 1932, Nr. 68 vom 16. 8. 1932, S. 2177.

¹³⁷ Vgl. Diensttagebuch Vinogradovs über ein Gespräch mit Reventlow vom 20. 8. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 155 f.

Die Hoffnungen Moskaus, dass sich auch innerhalb der NSDAP schließlich die Vertreter einer „realpolitischen“ Außenpolitik durchsetzen würden, erhielt Ende 1932 neue Nahrung und Aktualität: Nachdem die NSDAP bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 empfindliche Verluste erlitten hatte, aber weiterhin stärkste Partei geblieben war, versuchte der neue Reichskanzler von Schleicher, die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen. Er bot Gregor Straßer, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, das Amt des Vizekanzlers an. Schleicher beabsichtigte, Hitler auf diese Weise auszubooten, der in den Verhandlungen mit Hindenburg stets auf dem Posten des Reichskanzlers für sich beharrt hatte. War Hitler erst neutralisiert, so Schleichers Kalkül, ließe sich die NSDAP leicht „zähmen“. ¹³⁸ In Moskau wurde dieser Versuch mit großem Interesse beobachtet. Die *Izvestija* widmete Straßer Mitte Dezember 1932 einen ausführlichen Artikel, in dem dieser als Gegenstück zum fanatischen Demagogen Hitler, als Staatsmann und Realist gezeichnet wurde. ¹³⁹ Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung war Schleichers „Zähmungskonzept“ allerdings bereits gescheitert, weil sich Straßer nicht gegen Hitler auflehnen wollte und das Angebot des Reichskanzlers ablehnte.

Nur wenige sowjetische Stimmen warnten davor, sich über die außenpolitischen Ziele der Nationalsozialisten Illusionen zu machen und überzogene Hoffnungen in eine Spaltung der NSDAP zu setzen. So berichtete der Kominterninstrukteur Madyar im April 1932 von der Rede Hitlers vor dem Düsseldorfer Industriellen-Club. ¹⁴⁰ Hitler habe bei dieser Gelegenheit erklärt, dass er den Bolschewismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Sowjetunion vernichten wolle. „Das Stenogramm der Rede liegt am Kusnetzki Most oder bei den Nachbarn [d. h. beim sowjetischen Geheimdienst]. Wir konnten hier das Stenogramm nicht erhalten. Man müsste es verschaffen und hier veröffentlichen.“ ¹⁴¹ Ganz ohne geheimes Material, sondern nach eingehender Lektüre von Hitlers „Mein Kampf“ und verschiedener Studien über die nationalsozialistische Außenpolitik kam ein Agent der sowjetischen Militäraufklärung, der als Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Berlin arbeitete, zu dem Schluss, dass deren „Generallinie‘ der Kampf gegen die Sowjetunion“ sei. Die „sozialistische“ Opposition innerhalb der NSDAP hielt er für nicht durchsetzungsfähig. ¹⁴²

Doch seine Warnung fand kein Gehör: Zunächst vertrauten die sowjetischen Diplomaten und Bolschewiki weiterhin den Beteuerungen Schleichers und anderer Reichswehroffiziere, die Nationalsozialisten würden selbst im Falle einer Regierungsbeteiligung „nicht die Herren sein“. ¹⁴³ Als sie es dann aber doch wurden,

¹³⁸ Vgl. Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis?

¹³⁹ Vgl. *Izvestija* vom 12. 12. 1932.

¹⁴⁰ Diese Rede hatte Hitler allerdings schon am 27. 1. 1932 gehalten. Vgl. Kershaw, Hitler. 1888–1936, S. 451 f.

¹⁴¹ Brief Madyars an Kun vom 6. 4. 1932, RGASPI 495/60/238: 83 f.

¹⁴² Dienstagebuch Girschfelds vom 17. 5. 1932, AVP RF 05/12/84/34: 134–136.

¹⁴³ Oberst Fischer zu Michalski am 27. 8. 1932, zitiert nach: Slutsch, Deutschland und die UdSSR 1918–1939, S. 65. Ähnlich hatte sich bereits Schleicher gegenüber dem sowjetischen Botschafter geäußert. Vgl. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 150, und

trösteten sich die meisten sowjetischen Diplomaten mit der Erwartung, die NSDAP werde schließlich auf einen prosovjetschen Kurs einschwenken, weil dies den gemeinsamen Interessen Deutschlands und der Sowjetunion diene.¹⁴⁴ In Moskau wachte man nicht einmal dann auf, als die Komintern eine Protokollnachschrift von Hitlers Ansprache vor den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933 erhielt. In dieser Rede, die der Nachrichtendienst der KPD binnen einer Woche nach Moskau übermittelte, hatte Hitler seinen Antikommunismus in aller Deutlichkeit ausgedrückt und die Grundzüge seiner gegen die Sowjetunion gerichteten „Lebensraum“-Politik erläutert.¹⁴⁵ Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätten eigentlich keine Zweifel mehr an Hitlers mittelfristiger Absicht, es auf eine militärische Kraftprobe mit der Sowjetunion ankommen zu lassen, bestehen dürfen. Aus Unkenntnis der nationalsozialistischen Weltanschauung hielten die Sowjets diese Erklärungen für unrealisierbare Hirngespinnste. Auch die antikommunistischen und antisowjetischen Ausschreitungen der SA, die im Februar 1933 teilweise gewaltsame Übergriffe auf sowjetische Einrichtungen beging, interpretierten die sowjetischen Diplomaten daher nicht als Zeichen einer strategischen Orientierung des Nationalsozialismus, sondern als lästige Nebenerscheinung des Wahlkampfes für die Reichstagswahl am 5. März 1933.¹⁴⁶ Nach dem Urnengang, so war der stellvertretende Außenkommissar Krestinskij überzeugt, werde Hitler diese Angriffe abstellen oder zumindest abschwächen lassen.¹⁴⁷ Hitlers Reichstagsrede vom 23. März, in der er außenpolitische Kontinuität versprach, verstärkten diese Illusionen.¹⁴⁸ Selbst als die antisowjetischen Übergriffe im April 1933 noch immer andauerten, wollte Khinchuk weiterhin nicht an einen Wechsel der deutschen Außenpolitik glauben: Hitler, der noch „kein außenpolitisches Programm“ habe, sei einfach gezwungen, die aufgepeitschten Massen in langsamen Schritten von der antikommunistischen Propaganda zu entwöhnen, bevor auch er sich offen zur Rapallo-Politik bekennen könne, schrieb der Botschafter nach Moskau.¹⁴⁹ Sowohl im Politbüro als auch im NKID war man sicher, dass die Nationalsozialisten aufgrund der Sachzwänge zur Vernunft kommen würden.¹⁵⁰

Die sowjetische Führung beschränkte sich daher darauf, das NS-Regime vorerst nur moderat in der Öffentlichkeit zu kritisieren und über die diplomatischen Kanäle weiterhin Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Diese sowjetische

das Telegramm Khinchuks über ein Treffen mit Schleicher vom 27. 6. 1932, abgedruckt in: Sevost'janov (Hg.), *Dukh Rapallo*, S. 266.

¹⁴⁴ Vgl. Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 65.

¹⁴⁵ Zum Dokument selbst vgl. Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren“. Zur Überlieferungsgeschichte des Dokumentes und über den Übermittlungsweg nach Moskau vgl. Müller, *Hitlers Rede vor der Reichswehrrführung 1933*.

¹⁴⁶ Vgl. Bericht Vinogradovs vom 28. 2. 1933, AVP RF 09/8/23/27: 67–69.

¹⁴⁷ Brief Krestinskij an Khinchuk vom 5. 3. 1933, AVP RF 09/8/23/27: 70 f.

¹⁴⁸ Vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 201.

¹⁴⁹ Brief Khinchuks an Krestinskij vom 12. 4. 1932, zitiert nach: Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 65 f.

¹⁵⁰ Litvinov zeigte sich in dieser Beziehung allerdings kritischer. Vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 202, Fn. 563.

Form der Appeasement-Politik führte schließlich sogar dazu, dass Litvinov in einem Schreiben an Stalin im April 1933 vorschlug, auf die „rassische Zusammensetzung“ der sowjetischen Botschaftsspitze in Berlin zu achten.¹⁵¹ Erst im Juli 1933 folgte das späte Erwachen. Allerdings plädierten die sowjetischen Diplomaten selbst zu dem Zeitpunkt, als sie bereits realisiert hatten, dass die Rapallo-Politik endgültig tot war, weiterhin dafür, nicht gleich „die Maske fallen zu lassen und eine zügellose antideutsche Kampagne zu eröffnen“.¹⁵² Denn nachdem die Verlängerung des Freundschaftsvertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1926 (Berliner Vertrag¹⁵³) mit zweijähriger Verzögerung vom Reichstag im Mai 1933 endlich ratifiziert worden war, hatte dies in Moskau noch kurz die Hoffnung geweckt, die bilateralen Beziehungen könnten sich normalisieren. Doch dann kühlten sich die Kontakte zu Deutschland im Laufe des Jahres immer weiter ab. Die endgültige Abkehr Moskaus vom Zweckoptimismus ließ sich am deutlichsten daran erkennen, dass die Sowjetunion schließlich die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland aufkündigte, die seit 1922 angedauert und bislang noch jedem politischen Sturm getrotzt hatte.¹⁵⁴

Wie aber nahmen die Funktionäre der Komintern und KPD die dramatischen Monate zwischen dem „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 und dem 30. Januar 1933, dem Tag von Hitlers „Machtergreifung“, wahr?¹⁵⁵ Die Kominternführung blieb nach Stalins deutlicher Abfuhr für eine „Einheitsfront von oben“ im Netz der „Sozialfaschismus“-Doktrin gefangen. Auf dem XII. EKKI-Plenum, das vom 27. August bis zum 15. September in Moskau tagte, wurde daher nur wiederholt, was von der Komintern schon oft zu hören war. Die Delegierten erlebten im Wesentlichen eine Neuauflage der „ideologischen Offensive“, der Jagd nach Abweichungen. Im Zentrum zahlreicher Attacken stand die KP der Schweiz, deren ZK den Ausgang der preußischen Landtagswahl ganz offen als Resultat einer verfehlten Kominternpolitik bezeichnet und Thälmanns Taktik im Preußischen Landtag als ersten Schritt in die richtige Richtung gewertet hatte.¹⁵⁶ Humbert-Droz, der mittlerweile wieder in der Schweiz arbeitete, wurde daraufhin nach Moskau bestellt, um ihn wegen dieses „Defätismus“ in die Mangel zu nehmen. Vor dem Plenum, so unterrichtete Manuilskij Molotov schadenfroh, habe Hum-

¹⁵¹ Vgl. Slutsch, Deutschland und die UdSSR 1918–1939, S. 69.

¹⁵² Vgl. Brief Khinchuks an Kaganovich vom 8. 7. 1933, RGASPI 17/120/107: 87.

¹⁵³ Zum Vertrag vgl. Mick, Freundschaftsvertrag.

¹⁵⁴ Zur sowjetischen Deutschlandpolitik nach dem 30. 1. 1933 vgl. Bordjugov, Machtergreifung Hitlers. Demgegenüber betont Slutsch, Deutschland und die UdSSR 1918–1939, S. 70–72, zwar habe Krestinskij Ende 1933 in seinen Notizen über die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland verdeutlicht, dass das „nationalsozialistische Deutschland vom Weg antisowjetischer Aggressionspolitik nicht abrücken kann.“ Stalin habe ihm darin aber offensichtlich nicht folgen wollen, weil er im außenpolitischen Teil seiner Rede auf dem XVII. Parteitag Anfang 1934 noch nicht einmal erwähnt habe, dass sich die Beziehungen zu Deutschland überhaupt verschlechtert hätten.

¹⁵⁵ Vgl. Bahne, Die kommunistische Partei Deutschlands, S. 675–681.

¹⁵⁶ Vgl. Studer, Un parti sous influence, S. 74–77; Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 164.

bert-Droz dann „wieder mit einer Büßer-Rede“ auftreten und seine Fehler bekennen müssen.¹⁵⁷

Für so selbstkritische Überlegungen, wie sie die Schweizer Kommunisten gefordert hatten, fand sich auf dem EKKI-Plenum aber kein Raum. Im Gegenteil: Plötzlich malten die führenden Kominternfunktionäre die Zukunft der deutschen Kommunisten wieder in rosigen Farben. Die Skepsis, die die Moskauer Funktionäre noch bis zum Juli 1932 nach einer Politikwende verlangen ließ, war nach dem Wahlerfolg der KPD am 31. Juli vollständig verfliegen. Eine kommunistische Mehrheit in der Arbeiterschaft schien näher zu rücken: Während die SPD im Juli weitere Stimmen eingebüßt hatte, zeichnete sich bei der KPD mit der Juliwahl eine Trendwende ab, mit der die Wahldebakel des Frühjahrs überwunden schienen. Angesichts der weiter steigenden Verelendung und der wachsenden Arbeitslosigkeit gaben immer mehr Wähler der KPD ihre Stimme.

Anders als bislang in der Forschung beschrieben, war das XII. EKKI-Plenum auch nicht dazu vorgesehen, „linkssektiererische“ Stimmungen zu dämpfen.¹⁵⁸ Während die KPD bislang immer wieder durch das EKKI in ihrem umstürzlerischen Überschwang gebremst werden musste, wurden nun gewissermaßen die Rollen getauscht. So ließ sich Manuilskij auf dem XII. EKKI-Plenum – ganz entgegen seiner sonst üblichen Vorsicht – zu der Prognose hinreißen, in keinem Land stünde die proletarische Revolution so dicht bevor, wie in Deutschland.¹⁵⁹ In den Thesen des EKKI-Plenums habe man die Formulierung, dass sich das Proletariat auf die kommenden Kämpfe vorbereiten müsse, so korrigiert, erklärte Manuilskij in einem Bericht für Molotov über das Plenum, „dass klar wird, dass diese Aufgabe nicht rein agitatorischen und propagandistischen Charakters ist“.¹⁶⁰ Hinter den Kulissen beschuldigten sich die Funktionäre des EKKI inzwischen gegenseitig, nicht vehement genug für „Massenaktionen“ einzutreten¹⁶¹ – unter den Kominternkadern machte sich die Furcht breit, zu wenig revolutionär zu wirken. Diese Stimmung kontrastierte auffällig mit Stalins betont realpolitischer Einstellung in dieser Zeit. Knapp zwei Jahre später sollte sich Stalin gegenüber Dimitrov über diese revolutionäre Begeisterung mit der Bemerkung lustig machen, dass Manuilskij jedes Jahr eine proletarische Revolution vorhergesagt habe, dann aber nie eine gekommen sei.¹⁶²

Um die vermeintlich bevorstehende Eroberung der Arbeiterklasse zu beschleunigen und gleichzeitig der Sozialdemokratisierung der kommunistischen Mitglie-

¹⁵⁷ Bericht Manuilskijs an Molotov, o.D. [vor dem 21. 9. 1932], über das XII. EKKI-Plenum, RGASPI 495/19/243: 38–50, hier: 47.

¹⁵⁸ Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 754 f.; Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 164–169; Carr, Twilight of Comintern, S. 64–74.

¹⁵⁹ Vgl. Carr, Twilight of Comintern, S. 69.

¹⁶⁰ Vgl. Bericht Manuilskijs an Molotov, o.D. [vor dem 21. 9. 1932], RGASPI 495/19/243: 38–50, RGASPI 495/19/243: 38–50, hier: 40 f., 49 (Zitat); und das Stenogramm des Co-referates von Lenski zum Bericht von Thälmann auf dem XII. EKKI-Plenum, RGASPI 495/170/265.

¹⁶¹ Vgl. Brief Martynovs an die PK vom 27. 9. 1932 über einen solchen Konflikt mit Kuusinen, RGASPI 495/4/419: 14 f.

¹⁶² Vgl. Tagebucheintrag Dimitrovs vom 7. 4. 1934, in: Bayerlein (Hg.), Dimitroff. Tagebücher, Bd. 1, S. 98.

derschaft entgegenzuwirken, konzentrierte sich die Komintern wieder darauf, die Sozialdemokratie zu „entlarven“. Ihren „linken Manövern“ widmete die Kominternführung Ende Oktober 1932 sogar eine spezielle Tagung leitender Funktionäre, auf der Manuilskij die Parteien aufforderte, sich an jede sich entwickelnde soziale Protestbewegung zu „klammern und diese Bewegung zu höheren Formen vorwärts [zu] treiben“.¹⁶³

In Deutschland bot sich diese Gelegenheit Anfang November beim Streik der Beschäftigten der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG), die gegen massive Lohnkürzungen protestierten.¹⁶⁴ Bei dem Versuch, die RGO an die Spitze der Protestbewegung zu stellen, billigten es die Kommunisten sogar, dass Nationalsozialisten in die Streikleitung eintraten und somit faktisch eine Einheitsfront mit der NSDAP entstand.¹⁶⁵ Doch zu den von Manuilskij verlangten „höheren Formen“ schwang sich dieser Ausstand zur Enttäuschung der Komintern nicht auf: Der Instrukteur Tuure Lehen meldete einige Tage später aus Berlin, der BVG-Streik sei zwar eine „richtige Volksbewegung“ gewesen – die Hauptverkehrsstraßen waren nach seinen Worten „abends schwarz von Menschen“, die sich mit den Streikenden solidarisierten, doch leider habe die KPD-Spitze die Gunst der Stunde nicht genutzt, weil sie sich weiterhin nur auf den aktuellen Wahlkampf zur Reichstagswahl am 6. November 1932 konzentriert habe.¹⁶⁶

Es war jedoch ausgerechnet das Ergebnis dieser Wahl, das die revolutionäre Euphorie im EKKI noch verstärkte: Die NSDAP verlor fast zwei Millionen Stimmen und errang nur noch 196 Mandate (bei der Reichstagswahl im Juli 1932 waren es noch 230 gewesen, der Stimmenanteil sank von 37,3 auf 33,1 Prozent). Sie war damit zwar immer noch die stärkste Fraktion, doch gewann die KPD ca. 700 000 Stimmen gegenüber der letzten Reichstagswahl und konnte damit die Zahl ihrer Mandate von 89 auf 100 steigern (von 14,3 auf 16,9 Prozent der Stimmen), während die SPD 500 000 Stimmen verlor und nur noch 121 statt zuvor 133 Abgeordnete stellte (20,4 statt 21,6 Prozent der Stimmen).¹⁶⁷ Trotz der angeblichen Versäumnisse hatten die Kommunisten einen weiteren Wahlerfolg errungen. Begeistert wurde von der *Pravda* verkündet, dass die KPD in den entscheidenden Industriebezirken fast schon die Mehrheit der Arbeiterschaft erobert habe. Der große Umschwung schien nahe: „Immer größere werktätige Massen gehen in das Lager der Revolution. Revolutionäre Riesenkämpfe [!] stehen bevor.“¹⁶⁸ Die

¹⁶³ Vgl. Manuilskij in der Sitzung der „Manuilskij-Kommission über die linken Manöver der Sozialdemokratie“ am 25. 10. 1932, RGASPI 495/18/916: 146–154, hier: 153.

¹⁶⁴ Zum Streik zusammenfassend: Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 765–773.

¹⁶⁵ Zur Bewertung dieser „Einheitsfront“ zwischen NSDAP und KPD vgl. die konkurrierenden Positionen bei: Oltmann, Das Paradeferd der Totalitarismustheorie; Röhl, Nähe zum Gegner. Über die Unruhe in Moskau, weil sich die KPD zu wenig von den am Streik beteiligten NSDAP-Mitgliedern absetzte, vgl. auch den Bericht Smoljanskis in der Sitzung des PS vom 29. 11. 1932, RGASPI 495/3/265: 2–24, hier: 18–21.

¹⁶⁶ Brief „Alfreds“ [d. i. Tuure Lehen] an „Michael“ [d. i. Pjatnickij] vom 15. 11. 1932, RGA-SPI 495/293/123: 53 f.

¹⁶⁷ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52. Jg., 1933, S. 539.

¹⁶⁸ *Pravda* vom 10. 11. 1932. Das kapitalistische Deutschland befinde sich „in der Sackgasse“, kommentierte das Zentralorgan der VKP(b) eine gute Woche später den Rücktritt von

Kominternfunktionäre sahen den Zeitpunkt nahen, an dem die politische Situation zugunsten der KPD kippen würde. Allerdings hatte die KPD, die bei der Reichstagswahl in Berlin zur stärksten Partei geworden war, diesen Erfolg offensichtlich nicht errungen, weil die Arbeiter nun von ihren revolutionären Plänen überzeugt waren, sondern weil sie sich in einer Zeit, als sich die Konjunktur erholte, gegen Lohnkürzungen stark gemacht hatte.¹⁶⁹

Die Komintern aber sträubte sich gegen derartige Einsichten. Hartnäckig hielt sie nun an einem revolutionsoptimistischen Kurs fest und rügte die KPD-Führung Anfang Dezember 1932, weil sie es gewagt hatte, in einer ZK-Resolution¹⁷⁰ die revolutionsoptimistischen Formulierungen der Thesen des XII. EKKI-Plenums abzuschwächen¹⁷¹: So war in der deutschen Resolution die Feststellung gestrichen worden, dass die Welt vor „einem neuen Turnus von Revolutionen und Kriegen“ stehe; dort war nur noch von „großen Zusammenstößen“ die Rede. Anstatt von „bevorstehenden Kämpfen um die Macht, um die Diktatur des Proletariats“ sprach die KPD-Resolution nur noch allgemein von „bevorstehenden größeren Kämpfen“. Die Losung des „sozialistischen Sowjetdeutschlands“ erwähnte die KPD schließlich überhaupt nicht und schrieb stattdessen nur noch vom „Sieg des Sozialismus“.¹⁷² Insgesamt war die deutsche Resolution somit wesentlich weniger revolutionsoptimistisch – und damit hatte sich das Verhältnis zwischen KPD und Komintern umgekehrt: Hatten die Kominternfunktionäre häufig alle Zeichen revolutionären Überschwanges der KPD verurteilt, preschten sie nunmehr selbst voran, während die deutschen Kommunisten eine bedächtiger Haltung an den Tag legten.

Innerhalb der KPD-Führung hatte seit dem Spätherbst 1931 ein Denkprozess eingesetzt, der sich immer wieder an den von Moskau vorgegebenen Dogmen stieß. Dies lässt sich am deutlichsten an der III. Parteikonferenz der KPD vom Oktober 1932 zeigen, auf der Max Opitz ganz offen das Verhältnis der KPD zur Weimarer Republik zur Diskussion stellte.¹⁷³ Auf dem XII. EKKI-Plenum hatte Knorin noch betont, die „schwierige parlamentarische Taktik“ der KPD im preußischen Landtag dürfe nicht so verstanden werden, dass die KPD „auf einmal das Weimarer System unterstützt“.¹⁷⁴ Opitz schlug nun auf dieser Konferenz, die eigentlich nur die EKKI-Beschlüsse abnicken sollte, faktisch genau diesen Kurs ein, als er die Artikel des im Juni 1932 abgelösten Chefredakteurs der *Roten Fahne*, Alexander Abusch (Pseudonym: Ernst Reinhardt), scharf kritisierte. Der hatte unter anderem geschrieben, dass die deutsche Arbeiterschaft trotz der nationalsozialistischen Gefahr für die Weimarer Verfassung „keinen Finger krumm“

Papens als Reichskanzler: Ganz gleich welche Regierung Hindenburg nun berufen werde, sie werde keinen Bestand haben. Vgl. Pravda vom 19. 11. 1932.

¹⁶⁹ Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 772; Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 153 f.

¹⁷⁰ Abgedruckt in: Die Rote Fahne vom 27. 11. 1932.

¹⁷¹ Vgl. Thesen und Resolution des XII. EKKI-Plenums, Abschnitte I.4; IV.3; V.2.

¹⁷² Brief MELS des EKKI an das ZK der KPD vom 5. 12. 1932, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/226: 22–24.

¹⁷³ Vgl. Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 219.

¹⁷⁴ Knorin in der 15. Sitzung des EKKI-Plenums am 5. 9. 1932, RGASPI 495/170/214: 35 f.

machen sollte. Mit einer solchen Einstellung, so stellte Opitz fest, gebe man die „errungenen Rechte des Proletariates aus der Novemberrepublik“ preis.¹⁷⁵ Remmele beschwerte sich später bei Stalin und Pjatinickij, dass Thälmann mit keinem Wort gegen diese „trozkistischen Ausführungen“ vorgegangen sei, die auch noch den Beifall der Delegierten gefunden hätten, obwohl diese Worte doch auf die Verteidigung der Verfassung herausliefen.¹⁷⁶ Das stimmte: Zwar spulte Thälmann auf der Tagung routiniert die ewig gleichen Formeln ab und erklärte in seiner Rede die Sozialdemokratie erneut zur sozialen Hauptstütze der „Bourgeoisie“ und zum Zwillingsbruder des Faschismus.¹⁷⁷ Auch in seinem Brief an Knorin über die Parteikonferenz vermittelte der Parteivorsitzende den Eindruck, als habe es solche realpolitischen Überlegungen auf der Tagung überhaupt nicht gegeben.¹⁷⁸ Andererseits aber unternahm er keine Schritte, um Opitz, der sich für einen Kommunisten plötzlich ziemlich staatstragend gegeben hatte, wegen seines Redebeitrages zur Rechenschaft zu ziehen – stattdessen wurde Opitz nach der „Machtergreifung“ Hitlers sogar als KPD-Kandidat für die Reichstagswahl am 5. März 1933 aufgestellt. Thälmann tolerierte somit einen Politikwandel, den er offensichtlich selbst für notwendig hielt, vermied es aber tunlichst, sich selbst ausdrücklich dazu zu bekennen, weil er den offenen Konflikt mit Moskau scheute. Die Briefe, die Thälmann in den letzten Monaten der Weimarer Republik an Knorin richtete, zeichnen sich in erster Linie durch ihre unübertroffene Phrasenhaftigkeit aus. Die aktuellen Entwicklungen in Deutschland spielten darin kaum noch eine Rolle, im Vordergrund stand stets der innerparteiliche Kampf gegen Remmele und Neumann.¹⁷⁹ Thälmanns Berichte ähnelten somit immer stärker den für die Öffentlichkeit bestimmten propagandistischen Erfolgsmeldungen – kurz vor Hitlers „Machtergreifung“ hatte er der Komintern nichts mehr von Belang mitzuteilen. Noch am 27. Januar 1933 begeisterte er sich in einem Brief an Knorin pflichtschuldig über den „steigenden revolutionären Aufschwung“ in Deutschland sowie die vermeintlichen Zersetzungserscheinungen in der SPD und NSDAP.¹⁸⁰ Möglicherweise hat er diese Propaganda selbst geglaubt, wahrscheinlicher aber ist, dass es sich hier um eine spezifische Form des „bolschewistischen Sprechens“ handelte: Thälmann lieferte mit dieser Verdrängung, Ablenkung und Schönfärberei der Komintern einfach nur, was sie hören wollte.

¹⁷⁵ Max Opitz (Ruhrgebiet) auf der III. Parteikonferenz der KPD vom 15.–18. 10. 1932, SAPMO-BArch RY 1-I 1/2/7: 469–475, hier: 472 f.

¹⁷⁶ Vgl. Bericht Remmeles an Pjatinickij und Stalin vom 25. 12. 1932, RGASPI 508/1/129: 65–136, hier: 119 f.

¹⁷⁷ Vgl. Thälmann, *Im Kampf gegen die faschistische Diktatur*, S. 4 f., 12. An anderer Stelle hatte sich Thälmann explizit von der Auffassung distanziert, die KPD kämpfe für die Weimarer Republik. Diese sei nicht durch den Faschismus besiegt worden, sondern finde im Faschismus „ihren krassesten, unverhülltesten Ausdruck“. Vgl. Thälmann, *Was will die Antifaschistische Aktion?*, S. 8.

¹⁷⁸ Vgl. Brief Thälmanns an Knorin vom 20. 10. 1932, RGASPI 495/19/527: 104–112.

¹⁷⁹ Vgl. die Briefe Thälmanns an Knorin vom 13. 11. 1932, RGASPI 495/19/526: 164–170 und 495/19/526: 174–179.

¹⁸⁰ Brief Thälmanns an Knorin vom 27. 1. 1932, RGASPI 495/19/530: 11–19.

4. Der Untergang des deutschen Kommunismus

Weder das EKKI noch die KPD erkannten im 30. Januar 1933 einen epochalen Bruch. In der Kominternführung war man von der vermeintlichen neuen Stärke der KPD so berauscht, dass Lozovskijs Vorschlag abgelehnt wurde, die KPD aufzufordern, am 29. Januar an der im Berliner Lustgarten stattfindenden Demonstration teilzunehmen, die die SPD unter das Motto „Berlin bleibt rot!“¹⁸¹ gestellt hatte. Es ist fraglich, ob eine Einheitsfront der Arbeiterparteien zu diesem Zeitpunkt die Entscheidungsfindung in Hindenburgs Kamarilla noch beeinflusst hätte, doch wirft das Festhalten der Komintern an der „Sozialfaschismus“-Doktrin unmittelbar vor der „Machtergreifung“ Hitlers ein grelles Licht auf die Fehleinschätzung Moskaus. Im Angesicht des Untergangs betrieb die Komintern business as usual.

Dass sich die politischen Umstände grundlegend gewandelt hatten, erlebten die deutschen Kommunisten jedoch schon bald nach dem 30. Januar 1933 am eigenen Leib. Nachdem Hindenburg eine „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ unterzeichnet hatte, die den Behörden weitreichende Vollmachten zum Verbot von Versammlungen und Druckschriften einräumte, setzte eine breite Verfolgungswelle gegen KPD und SPD ein. *Vorwärts* und *Rote Fahne* wurden in den folgenden Wochen immer wieder tageweise verboten, am 23. Februar wurde das Karl-Liebknecht-Haus nach einer Durchsuchung endgültig von der Polizei geschlossen. Am 7. Februar traf sich das ZK der KPD letztmals zu einer geheimen Tagung in Ziegenhals bei Berlin; das Treffen wurde prompt gesprengt, ein Teil der Funktionäre entkam per Boot über den nahegelegenen See.¹⁸² Nach diesem Zwischenfall zeigten sich die leitenden Kader kaum noch in der Öffentlichkeit. Die Kominternführung warf der KPD daraufhin Feigheit vor dem Feinde vor. Die kommunistischen Funktionäre hätten sich so gut versteckt, erregte sich Pjatnickij einige Wochen später, „dass nicht nur die Polizei, sondern auch die Arbeiterklasse sie nicht findet“.¹⁸³ Über den deutschen Vertreter wurde die KPD ermahnt, Thälmann solle wenigstens unangekündigt „an einem gut gesicherten Platz“ mit einer Rede auftreten, über die dann die Parteipresse berichten könne: „Das Nichterscheinen der führenden Freunde in Wort und Schrift in der Öffentlichkeit wirkt deprimierend.“¹⁸⁴

Die Kominternführung unterschätzte die Gefahr, die von der neuen Regierung ausging, zunächst weitgehend, weil sich die sowjetischen Funktionäre aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen im zaristischen Russland nicht vorstellen konnten, mit

¹⁸¹ Vgl. Protokoll der PK Nr. 291, Pkt. 19 vom 27. 1. 1933, RGASPI 495/4/228: 3.

¹⁸² Vgl. Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Berlin 1981.

¹⁸³ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1933, RGASPI 495/4/235: 275–286, hier: 280. Fast die gleiche Formulierung hatte auch der Mitarbeiter des Militärapparates der KPD Karl Gröhl („Karl Friedberg“, „Karl Retzlaw“) in einem Brief an Stalin gebraucht. Vgl. Brief „Karl Friedbergs“ [d. i. Karl Gröhl] an Stalin vom 1. 3. 1933, RGASPI 495/19/243: 65–67. Zu Gröhl vgl. Karl Retzlaw [d. i. Karl Gröhl], Spartakus. Aufstieg und Niedergang eines Parteiarbeiters, Frankfurt 1971.

¹⁸⁴ Brief Heckerts an das Sekretariat der KPD vom 23. 2. 1932, RGASPI 495/292/63: 32.

welcher brutalen Konsequenz die Nationalsozialisten ihre Gegner verfolgen würden. Zudem hätten die sowjetischen Mitglieder der Kominternführung in diesen Wochen „viele andere Sorgen, russische Sorgen“, wie Pjatnickij Ende Februar 1933 ganz offen in einem Gespräch mit Karl Retzlaw, einem Mitarbeiter des Militärapparates der KPD bekannte¹⁸⁵: In Moskau beschäftigte sich das sowjetische ZK seit Ende 1932 damit, die letzten Überreste oppositioneller Gruppen in der Partei zu beseitigen und hatte zu diesem Zweck eine umfassende „Parteisäuberung“ angesetzt. Auf diese Weise um sich selbst kreisend, waren die Moskauer Kader von den Vorgängen in Deutschland abgelenkt.

Doch ebenso wie die Komintern die Gefahr weiterhin unterschätzte, so begann auch die KPD-Führung in ihrer Vorsicht nachzulassen, als es nicht sofort zu dem befürchteten großen Schlag gegen die Partei kam. In Berlin spielten sich nun sonderbare Szenen ab, die illustrieren, in welchem eigenartigen Zustand zwischen Verfolgungsfurcht und Gewohnheitstrotz die Führungsfunktionäre gefangen waren. Bezeichnend ist der Bericht eines Mitarbeiters des Nachrichtendienstes der KPD, der sich nach dem 30. Januar mit dem Kassierer der KPD, Arthur Gohlke, in einem Restaurant in der Berliner Friedrichstraße traf, um dessen Evakuierung in die Sowjetunion zu besprechen:

„Kurz nach seiner Ankunft betraten auch zwei Kriminalbeamte das Lokal, die von ihm als solche erkannt wurden. Ich riet Gohlke, das Lokal sofort durch einen Nebeneingang zu verlassen. Als er sich dorthin begab, ging ihm ein Beamter nach und sagte zu ihm: ‚Gohlke, Du brauchst unseretwegen nicht zu gehen, denn wir sind nicht Deinetwegen hierhergekommen!‘“¹⁸⁶

Thälmann hielt sich derweil zwar in einer „konspirativen“ Wohnung versteckt, doch nutzte er dieses Quartier schon seit 1924 und war den Nachbarn gut bekannt. Nicht einmal nach dem Reichstagsbrand am Abend des 27. Februar hielt er es für nötig, sein Versteck zu wechseln – er beschloss lediglich, die Wohnung vorerst nicht zu verlassen. Am 3. März wurde er dort verhaftet.¹⁸⁷

Als am Abend des 27. Februar 1933 der Reichstag in Flammen aufging, stellten die Nationalsozialisten dies als „Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg“ dar und erhöhten den Verfolgungsdruck nochmals deutlich.¹⁸⁸ Der nur Stunden zuvor von der KPD-Führung gefasste Beschluss, mit der SPD über einen gemeinsamen Generalstreikaufruf zu verhandeln¹⁸⁹, war damit hinfällig: es gab

¹⁸⁵ Brief Karl Friedbergs [d. i. Karl Gröhl/Retzlaw] an Pjatnickij vom 6. 11. 1933, RGASPI 495/19/530: 133–135. Vgl. auch die Erinnerungen Retzlaws, in denen er dieses Gespräch ebenfalls erwähnt: Retzlaw, Spartakus, S. 356 f.

¹⁸⁶ Bericht Schindlers über das Verhalten einiger KPD-Spitzenfunktionäre nach dem 30. 1. 1933 vom 13. 12. 1937, RGASPI 495/205/6159: 252–256, hier: 253.

¹⁸⁷ Vgl. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 274. Vgl. auch das Protokoll Nr. 169 des PS, das sich bereits am 28. 2. 1933, dem Tage nach dem Reichstagsbrand, dazu ermächtigt hatte, „falls die bestehende Leitung [der KPD] unter den gegebenen Umständen nicht funktionieren kann, eine neue Leitung zu schaffen.“, RGASPI 495/3/280: 1.

¹⁸⁸ Vgl. Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Jg. 1933, S. 72. Zum Reichstagsbrand vgl. Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 119–137; Backes, Reichstagsbrand.

¹⁸⁹ Vgl. Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Sekretariates des ZK der KPD vom 27. 2. 1933, SAPMO-BArch RY 1-I 2/5/4: 156.

für die KPD nun in Deutschland keinen politischen Raum mehr für derartige Aktionen. Es ist allerdings überaus fraglich, ob dieses Treffen irgendein Ergebnis gebracht hätte, wenn es nicht durch den Brand verhindert worden wäre. Denn nicht nur in der KPD bestanden Vorbehalte gegen eine Einheitsfront. Mit der neuen Verfolgungswelle seit dem 28. Februar rückte auch die SPD von der KPD deutlich ab, um nicht mit ihr zusammen in den Abgrund gerissen zu werden.¹⁹⁰ Für eine Volksfront war es zu diesem Zeitpunkt aus Sicht der Sozialdemokraten längst zu spät.

Die Reichstagswahl, die Hitler als seine erste Handlung als Reichskanzler für den 5. März angesetzt hatte, konnte angesichts des nationalsozialistischen Terrors nur eine Farce sein. Erstaunlicherweise erlitten die Kommunisten aber trotz der Verfolgung nur vergleichsweise mäßige Verluste: Immerhin noch 4,8 Millionen Wähler gaben einer Partei ihre Stimme, die von Hitler nur aus taktischen Gründen noch nicht verboten worden war, weil er ihre Wähler nicht der SPD zutreiben wollte.¹⁹¹

Nicht zuletzt dieses immer noch bemerkenswerte Wahlergebnis führte dazu, dass leitende Kominternfunktionäre dem Untergang des deutschen Kommunismus ratlos gegenüberstanden: Denn fassungslos mussten sie beobachten, wie die angesichts der Verfolgung immer noch beachtliche Unterstützung an der Wahlurne vollständig verpuffte. Genau ein Jahr zuvor hatte selbst der tendenziell pessimistische Lozovskij über die ebenfalls knapp fünf Millionen Wähler, die bei der Reichspräsidentenwahl für Thälmann gestimmt hatten, gesagt, diese seien zwar prozentual nur ein kleiner Teil der Wähler, dafür aber „die Avantgarde, eine große Kraft“, die bereit sei, unter allen Umständen zur KPD zu stehen.¹⁹²

Von dieser „großen Kraft“ war indes nichts zu spüren, als die Nationalsozialisten nun ihre neue Machtposition mit Gewalt ausbauten. Die Reaktionen vieler Kommunisten auf die einsetzenden Verfolgungen bezeugen einerseits ein Gefühl von Resignation, führen andererseits aber vor Augen, dass sich viele trotz des brutalen Terrors nicht bewusst waren, welche fundamentale Zäsur sie gerade erlebten.¹⁹³ Nach der Verhaftung Thälmanns, so berichtete der deutsche Genosse Köhler Mitte März 1933 den Mitgliedern der Politkommission des EKKI, habe „sich in den Betrieben nichts gerührt“. Im AEG-Hauptwerk in Berlin-Wedding sei der Betriebsrat mit seiner Initiative gescheitert, wenigstens einen Proteststreik gegen die Verhaftung von Thälmann durchzuführen: „Die Belegschaft hat abgelehnt:

¹⁹⁰ Vgl. Winkler, *Weg in die Katastrophe*, S. 882. Schon im Sommer 1932 hatten ähnliche Gründe die SPD-Führung bewegt, die Einheitsfrontangebote der KPD abzulehnen: Neben der berechtigten und grundsätzlichen Skepsis, ob die Angebote der Kommunisten ernst gemeint waren, fürchteten die Sozialdemokraten, durch eine solche Zusammenarbeit Papen ein Argument in die Hände zu spielen, um die SPD als Unterstützerin revolutionärer Umtriebe von der Macht in Preußen zu verdrängen.

¹⁹¹ Zum Wahlausgang ausführlich: Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, S. 137–190; vgl. ferner: Falter, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, S. 884–888.

¹⁹² Lozovskij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 28–38, hier: 35.

¹⁹³ Eine Ausnahme bildeten Hermann Remmele (siehe dazu unten) und Karl Gröhl, der in einem Brief an Stalin vom 1. 3. 1933 forderte, die KPD-Führung zu „Abwehrmaßnahmen“ gegen die Nationalsozialisten zu verpflichten, RGASPI 495/19/243: 65–67.

[...] Thälmann ist sowieso verhaftet. Und wenn wir jetzt streiken, fliegen wir aus dem Betriebe heraus.“ Einige Funktionäre fanden sogar, die unteren Kader hätten sich genug verausgabt und meinten, „wenn mal ein Bonze verhaftet wird, schadet es auch nichts. Man soll auch mal Bonzen verhaften.“¹⁹⁴

Pjatnickij konnte diese Lähmung der KPD nicht begreifen: Eine revolutionäre Partei, die nicht einmal mehr öffentliche Protestaktionen organisieren konnte, fand in seiner Vorstellungswelt offensichtlich keinen Platz. Das Stenogramm einer Sitzung der Kominternführung vom 15. März über die Ereignisse in Deutschland seit Hitlers „Machtergreifung“ zeigt, wie sich bei Pjatnickij die Autosuggestion von der starken kommunistischen Massenpartei mit der Schuldzuweisung an die untergeordnete deutsche Sektion vermengte: „Man hat uns doch belogen! Eine Partei von 300 000 Mitgliedern hat nicht die Möglichkeit, den Kampf in den Betrieben gegen die Verhaftung des Führers der Partei aufzunehmen!“ Sarkastisch bemerkte er: „In Berlin kann man auf den Straßen für den Sarg von Thälmann sammeln, wo wir [bei den Reichstagswahlen] noch jetzt 700 000 Stimmen bekommen haben, also Leute, die mit uns sympathisieren! Man hat sie nicht aufrütteln können. Warum?“¹⁹⁵

Vor allem die Verhaftung Thälmanns hatte seiner Meinung nach erneut gezeigt, dass die KPD sich nicht in der Illegalität zu bewegen wusste: Das Verbot von 1923, das er während seines viermonatigen Aufenthaltes in Deutschland erlebt habe, sei ein „Kinderspiel“ gewesen; hätte die Polizei damals „wirklich den Versuch gemacht, sie hätte alle Abgeordneten des Reichstages und des Landtages festnehmen können“. Daher müsse der KPD nun unter die Arme gegriffen werden. Die deutschen Kommunisten waren in seinen Augen nicht mehr die „Musterkneben“ der Komintern, sondern im Wortsinne blutige Amateure: Alle Probleme der KPD seien entstanden, weil die deutschen Genossen „keine Erfahrung haben“.¹⁹⁶

Die Kominternführung flüchtete sich angesichts des stillen Desasters der KPD in einen ausgeprägten Zweckoptimismus und bestätigte sich gegenseitig, dass die neue Regierung keine Zukunft habe: Deutschland sei nicht Italien, hatte Karl Retzlaw bei seinem Besuch in Moskau schon Ende Februar immer wieder zu hören bekommen.¹⁹⁷ Mit anderen Worten: Das EKKI meinte, dass sich in einer industrialisierten Gesellschaft wie der deutschen keine „faschistische“ Diktatur würde halten können. Die „Hysterie auf den Straßen“ dürfe nicht den Blick für das Wesentliche trüben, verlangte Manuilskij. „Jetzt hat in Deutschland die Klein-Bourgeoisie noch Illusionen.“ Sei die Regierung aber erst einmal drei bis vier Monate „am Ruder, dann wird sich die Enttäuschung zeigen. Bauernschaft und Kleinbürgertum werden erkennen, dass ihnen diese Regierung nichts geben kann.“ Faktisch übernahm die Kominternführung damit die Abwirtschaftungstheorie, nach der eine Hitler-Regierung das notwendige Durchgangsstadium vor einer proletarischen Revolution sei. Und tatsächlich erklärte Manuilskij die gegenwärtige Situation zur „Vorstufe“ einer „großen Umwälzung.“ Auch der Tatsa-

¹⁹⁴ Köhler in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1933, RGASPI 495/4/235: 234–248, hier: 243.

¹⁹⁵ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1933, RGASPI 495/4/235: 275–286, hier: 284.

¹⁹⁶ Ebenda, Blatt 278–280.

¹⁹⁷ Retzlaw, Spartakus, S. 356 f.

che, dass nun viele Genossen der Partei den Rücken kehrten oder zur NSDAP überliefen, gewann der Kominternsekretär positive Züge ab: Nun vollziehe sich „eine Härtung der Partei, weil hier diese schwachen Elemente, die schwanken, weglaufen werden, und wir werden den Kern erhalten, der absolut notwendig ist“.¹⁹⁸

In Pjatnickijs kaum verhohlener Verachtung für die unerfahrenen deutschen Revolutionäre und Manuilskijs Überzeugung, dass die Verfolgung durch die Nationalsozialisten das Feuer sei, in dem die KPD zu wahrhaft bolschewistischem Stahl gehärtet werde, zeigt sich zweierlei: Erstens hatten die deutschen Kommunisten in den Augen der Bolschewiki trotz des jahrelangen Einflusses der Komintern ihre „sozialdemokratischen Überreste“ immer noch nicht abgeworfen, waren sie noch zu sehr Genossen des Wortes statt der Tat, Kaffeehaussozialisten, die die Gewaltskultur der Bolschewiki immer noch nicht ausreichend verinnerlicht hatten. Schon die Sitzung der Kominternführung am 26. Februar war nach den Erinnerungen Karl Retzlaws „eigentlich keine Konferenz, sondern eher ein Verhör“ gewesen, wo die anwesenden Deutschen über Ursachen für das „Versagen“ der KPD ausgefragt wurden.¹⁹⁹ Verrat durch Überläufer und Passivität der Funktionäre bestätigten die Überzeugung der Kominternführung, dass die KPD das bolschewistische Konzept der Kaderpartei nicht entschieden genug durchgeführt hatte. Allerdings ließ die Kominternspitze die Frage offen, wie die Aktionen denn hätten aussehen sollen, die von ihr eingefordert worden waren. Ein bewaffneter Aufstand, wie ihn Hermann Remmele im Sinne gehabt hatte²⁰⁰, wird der Komintern kaum vorgeschwebt haben.

Zweitens markiert die Kritik von Pjatnickij und Manuilskij den Schlusspunkt der Bemühungen, die deutschen Kommunisten dem Moskauer Willen zu unterwerfen. Aus Sicht der Komintern war die Niederlage der KPD ein Desaster, aber auch eine Gelegenheit: Wie alle kommunistischen Sektionen, die in ihrem Heimatland verboten waren und deren Funktionäre sich zu großen Teilen in das sowjetische Exil flüchten mussten, hatte auch die KPD nun keine Basis mehr, von der aus sie den Anweisungen der Komintern und ihrer Vertreter entgegengetreten konnte. Zwar waren sämtliche Widerstände auch in den Jahren vor 1933 immer wieder gebrochen worden – doch von nun an sollte es nicht einmal mehr den Versuch geben, eigene Akzente zu setzen.

Die Resolution des EKKI-Präsidiums, die zwei Wochen später verabschiedet wurde, war angesichts der unübersehbaren Niederlage der KPD von einem erstaunlichen Zweckoptimismus geprägt und vermied es tunlichst, den leisesten Hauch der Verwirrung widerzuspiegeln, die die Kominternführung zunächst erfasst hatte. Selbstsicher erklärte das Präsidium, dass „die politische Linie und die organisatorische Politik, die das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Genossen Thälmann an der Spitze bis zum Hitlerschen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes verfolgte, vollständig richtig war“. Der Regierungs-

¹⁹⁸ Manuilskij in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1933, RGASPI 495/4/235: 261–267.

¹⁹⁹ Retzlaw, Spartakus, S. 356 f.

²⁰⁰ Stellungnahme von „Herzen“ [d. i. Remmele] zur Resolution des Politbüros der KPD zur Lage in Deutschland vom 20. 3. 1933, RGASPI 495/19/530: 79–102, hier: 94.

antritt Hitlers wurde als Akt der Verzweiflung der deutschen „Bourgeoisie“ charakterisiert, die sich angesichts des Aufstieges der KPD nicht mehr anders zu helfen gewusst habe.²⁰¹ Der Aufstieg des Kommunismus hatte für Hitlers „Macht-ergreifung“ tatsächlich eine Rolle gespielt – allerdings vor allem dadurch, dass der NSDAP mit dem bolschewistischen Schreckgespenst Anhänger zugetrieben wurden und der Kamarilla des greisen Reichspräsidenten Hindenburg ein weiteres Argument in die Hand gegeben wurde, um dessen Zweifel beiseite zu schieben, ob es wirklich notwendig sei, die Nationalsozialisten an der Regierung zu beteiligen.

²⁰¹ Resolution des Präsidiums des EKKI zum Referat des Genossen Heckert über die Lage in Deutschland, angenommen am 1. April 1933, zitiert nach: Pirker, *Utopie und Mythos der Weltrevolution*, S. 173. Die KPD-Führung beschränkte sich darauf, diese Einschätzung in ihren Resolutionen vom 21. 6. und 14. 7. 1933 zu wiederholen. Vgl. Bahne, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, S. 696.